Wirtschaft

Dem Ende entgegen

Mit der wechselnden Fratze des Bankrotts wechseln auch die Ansichten der „Volkswirte" des Bürgertums. Man sieht die Auswirkungen der Zerrüttung, aber man weigert sich hartnäckig, die Ursachen zu erkennen. Zum Teil erkennt man sie wirklich nicht, zum Teil versucht man sie zu verschleiern. Denn würde das Proletariat und das Kleinbürgertum die Ursachen erkennen, sie würden ihre Schlüsse daraus ziehen. Solange die ausgebeutete Klasse aber nicht versteht, die Mechanik der Oekonomie zu durchschauen, so lange hofft sie, daß eine Besserung ihrer Lebenslage innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung möglich sei und schuftet für das Kapital und an der Voraussetzung des eigenen Unterganges.

Als Ausdruck der wirtschaftlichen Zerrüttung hielten sich Inflation und Senkung der Valuta bisher immer die Wage. Heute dagegen ist die Marksenkung und die damit verbundene Teuerung der Notenpresse weit voraus. Die „Banknoten"-fabriken kommen bei weitem nicht mehr mit. Der Großhandelsindex der Frankfurter Zeitung wies am 1. April 7000 % Steigerung auf und am 1. August 14 000. In vier Monaten also eine Verdoppelung der Großhandelspreise. In derselben Zeit stieg der Notenumlauf von etwa 150 Milliarden auf 200 Milliarden. Die schwebende Schuld dagegen von 272 Milliarden auf 308 Milliarden Mark. Daß trotz des Schreies nach Stabilisierung der Valuta, nach Einschränkung der Schulden und des Notenumlaufes sich alles rasend wieder vermehrt, hat auch diesen Kreisen die Augen darüber geöffnet, daß die Konferenzen wohl ein hübsches Stück Geld kosten, aber an dem fortschreitenden Zerfall auch nicht ein Jota ändern. Richtiger, daß sie ihn höchstens beschleunigen.

Wie die Katze aber immer auf die Beine fällt, so verfallen auch unsere Volkswirte immer gleich auf die richtige „Idee". Dieselben Leute, die bisher alles Uebel der Inflation zuschrieben, der wahnsinnigen Papiergeldvermehrung, wälzen die Schuld jetzt auf die langsame „Geld"fabrikation ab. Daß der Bankrott da ist, sieht man. Ursache kann natürlich nur das sein, woran man mit der Nase stößt. Die Industrie, die in ihrem Produktionsmittelradius etwa 15 Jahre zurückgeworfen wurde und ihre Betriebskapitalien unerhört verwässert hat, schiebt die Schuld ihres Geldmangels und der Kapitalknappheit auf das mangelnde Papiergeld. Der weitblickende Spekulant und Anlage suchende Geldmann steckt sein Geld nicht mehr so leicht in Industriepapiere, da ihm diese in Zukunft wenig gewinnbringend scheinen. Die Börse aber mißt die Schuld der Papiergeldknappheit zu. Die oben aufgezeigte Notenvermehrung aber deutet uns an, daß die Notenfabriken keineswegs stillgelegt sind; sie arbeiten vielmehr in rasendem Tempo mit Tag- und Nachtschicht. Der Notenbestand von mehr als 200 Milliarden Mark (gegen vier Milliarden 1914) ist nur noch mit dem Bruchteil eines Prozents mit Gold gedeckt. Unsere „Bank"noten haben tatsächlich einen geringeren Wert als die Muscheln des Fidschi-Insulaners.

Diese sogenannte Volkswirtschaft lebt heute tatsächlich nur von dem, was das Proletariat täglich schafft. Auch die kleinste Stockung des Produktionsapparates droht das ganze Gebäude über den Haufen zu werfen. Die Bourgeoisie hat sehr wohl begriffen, daß ein einziger starker Griff des Proletariats „an die Gurgel des Staates" diesen als Impuls des Kapitals erdrosseln würde. Nur der schlafende Riese Proletariat begreift weder seine Kraft, noch seine günstige Position. Noch tut die Presse mit ihren Verblödungsmethoden das ihrige zur Einlullung des Proletariats und die 100 000 Gewerkschaftsbeamten halten es im Zügel. Die Auswirkung der jetzigen wirtschaftlichen Vorgänge, die in der Markentwertung ihren Ausdruck finden, müssen aber auf die Ideologie des Proletariats einwirken. Nach dem Großhandelsindex der „Frankfurter Zeitung" betrug die Teuerung Anfang Juni das 78fache, Anfang Juli das 91,4fache und Anfang August das 139,3fache. Das bedeutet im Monat Juli eine Steigerung um mehr als 50 Prozent. Die Teuerung rast aber weiter, und der August wird den Juli sicher übertreffen. Einige Warengattungen, Leder, Textilien u. a. sind im Juli um mehr als das 100fache gestiegen; ihre Gesamtverteuerung beträgt im Augenblick rund das 225fache gegen die Vorkriegszeit. Grundstoffe der Industrie, u. a. Eisen, hatte schon Ende Juli eine 200fache Verteuerung und wurde nochmals am 1. und 8. August enorm verteuert. Die augenblicklichen Kleinhandelspreise, so unerschwinglich sie dem Proletarier scheinen, sind niedriger, als die Großhandelspreise und diese erreichen nicht die Preise derjenigen Waren, die noch im Produktionsprozeß sind. Die Preissteigerung der Lebensbedarfsmittel des Proletariats muß künftig in noch rasenderem Tempo vor sich gehen. Vielleicht lernt das Proletariat bald, durch die tägliche Preissteigerung, weshalb heute das Kapital so nach den Tarifen versessen ist und sich als deren Hüter aufspielt. Dann wird es auch noch begreifen, aus welchem Grunde die Gewerkschaften das Hauptgewicht auf die Tarifpolitik legen.

Immer grausiger höhnt uns der Tod ins Auge und der Proletarier sieht nichts. Die Notenpresse rast Tag und Nacht und kann den Bedarf nicht decken. Die Reichsbank ist dem Ansturm nicht mehr gewachsen. Trotz des Buchdruckerstreiks ist in der letzten Juliwoche der Banknotenumlauf um fast 17 Milliarden gewachsen (nicht 13,7 wie einige Zeitungen meldeten). Das Reich hat Noten zu 500 Mark hergestellt, die auf einfachem Bergamentpapier mit Wasserzeichen in Schwarzdruck hergestellt sind. Wahrscheinlich um das Pensum zu vergrößern. Fast in demselben Satz, in dem die amtlichen Statistiken melden, daß die Arbeitslosenziffern im Juli auf 19 000, also auf einen Bruchteil, zurückgegangen ist, melden sie auch den Produktionsrückgang auf allen Gebieten.

Immer enger wird die Lebensmöglichkeit des Proletariats. Eingeengt durch ein Dutzend Knebelungsgesetze und durch seine „Klassenkampforganisationen". Immer geringer wird die produzierte Gütermenge und deshalb immer teurer. Die Produktionsmittel verlodern mit jedem Tage mehr und die Produktivität des in vollem Gange befindlichen Produktionsapparates wird von Tag zu Tag kleiner. Die Stufenleiter ist zu Ende. Zwei Wege nur stehen dem Proletariat offen: Untergang in der Barbarei oder Kommunismus!

Es geht bergab . . .

Damit das Kapital sich noch eine Zeitlang behaupten kann, muß sich die Lebenshaltung der Arbeiter ständig weiter verschlechtern. Wenn die Löhne auch zahlenmäßig wachsen, so stellen sie, in ihrer Kaufkraft, mit dem der Vorkriegszeit verglichen, einen ungeheuren Rückgang dar. Die Verarmung schreitet fort, die Konsumfähigkeit nimmt ab. Die Lebenshaltung wird immer dürftiger und schwieriger und damit sinkt allmählich auch die Energie der Arbeiter. Durch die dauernde Gewöhnung an Entbehrung schwindet schließlich auch das Bewußtsein der Verarmung und mit ihm der Wille, ihre Ursachen zu beseitigen. So täuscht die Abnahme der Arbeitslosigkeit und die industrielle Betriebsamkeit eine Scheinblüte des deutschen Wirtschaftslebens vor, hinter der doch der völlige Zusammenbruch deutlich sichtbar wird. In den valutaschwachen Ländern der Urproduktion aber machen sich die valutastarken Staaten durch die Schutzzölle umso konkurrenzunfähiger, je mehr sie durch die Aufrechterhaltung der hohen Preise im eigenen Lande die Exportfähigkeit ihrer Industrie vermindern. Die erste Folge der mangelnden Konkurrenzfähigkeit der hochvalutastarken Länder ist Einschränkung der industriellen Tätigkeit und damit verbunden Arbeitslosigkeit. Ein Land wie das schwach bevölkerte Schweden hat gegenwärtig 130 000 arbeitslose Familien. Selbst in dem ganz überwiegend agrarischen Dänemark gibt es rund 50 000 arbeitslose Familien. In Norwegen, wo man fast ausschließlich auf die Schiffahrt angewiesen ist, liegt diese zu drei Fünfteln still. In dem reichen Holland krankt die Wirtschaft, weil es auf Deutschland als seinen Kunden angewiesen ist, und dieser Kunde aus wirtschaftlicher Schwäche so gut wie nichts kaufen kann. In der Schweiz sind heute etwa ein Fünftel aller Industriearbeiter arbeitslos. Besonders die Stickerei-, Seiden- und Baumwollindustrie, aber auch die Uhren- und Zigarrenindustrie wird davon betroffen. In Spanien ist die Ausfuhr von Waren stark zurückgegangen, die Erzausfuhr beträgt nur noch den vierten Teil der Vorkriegsausfuhr. Statt dessen hat in Spanien eine für den Staat recht bedenkliche Auswanderung eingesetzt. In Italien liegen sowohl Industrie wie Schiffahrt darnieder, und auch dadurch, daß industrielle Saison-Arbeiter in Oesterreich und Deutschland keine Beschäftigung mehr finden, ist die Arbeitslosigkeit dort sehr gewachsen. Nicht viel anders sieht es in Frankreich aus, das doch immerhin in Form von Sachlieferungen und dergleichen große Mittel aus Deutschland erpreßt. Am größten aber ist die Arbeitslosigkeit in England und den Vereinigten Staaten. Beide sind fast ganz auf die Ausfuhr industrieller Fabrikate angewiesen, was eine Existenzfrage für diese beiden Staaten ist. England beispielsweise erzeugt an Lebensmittel gerade soviel, daß seine Bevölkerung sich am Sonnabend und Sonntag ernähren kann. Für die ganze übrige Woche aber ist es auf fremde Zufuhren angewiesen. Der englische Staat gibt für die Lebensmitteleinkäufe täglich rund 2 Millionen Pfund aus, und diese Summe kann nur durch Fabrikatausfuhr bestritten werden.

Aus diesen Zusammenhängen geht schon hervor, welche Wirkungen es haben muß, wenn die mangelnde Absatzmöglichkeit des englischen Kapitals anhält und die Zahl der Arbeitslosen sich nicht verringert, sondern unablässig steigt.

England hat z. B. 1½ bis 2 Millionen Arbeitslose, Amerika mehr als 2⅓ Millionen Arbeitslose. Die Unterstützung, die England an seine Arbeitslosen zahlen muß übersteigen ganz gewaltig die Summen, die dieser Staat von Deutschland aus Reparationsleistungen jemals erhalten könnte. Neben den gänzlich Arbeitslosen darf man auch diejenigen Arbeiter nicht übersehen, die in allen halbvalutarischen Industrieländern nur in verkürzter Arbeitszeit beschäftigt werden können. Um die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit ihrer Industrien zu verringern, d. h. billigere Waren herzustellen, sind die Kapitalshyänen Englands wie der Vereinigten Staaten, dazu übergegangen, die Proletarier noch stärker auszubeuten, in dem sie die Löhne herabsetzten und die Arbeitszeit verlängerten. Die Folge waren natürlich Lohnkämpfe und Streiks von einer Erbitterung, wie diese Staaten sie wohl noch nicht erlebt haben. Nicht selten sind diese Streiks blutig niedergeknüppelt worden.

Diese Entwicklung muß zwangsläufig so weiter bergab gehen. Es werden die Zusammenbruchserscheinungen nur noch eine Steigerung erfahren. Die Konsumfähigkeit der ganzen Welt wird weiter zurückgehen. Die kuliartige Unterwürfigkeit der deutschen Arbeiter, sie arbeiten ungefähr für 2 Dollar die Woche, muß anderseits die Arbeitslosigkeit in den Siegerstaaten erhöhen. Von diesem allgemeinen Zusammenbruch wird kein Land unberührt bleiben. Das englische Unterhausmitglied S. H. Thomas äußerte sich kürzlich u. a.: „Sollte Deutschland bankerott gehen, so ist es unvermeidlich, daß Frankreich nachfolgen wird und in diesem Fall ist es schwer zu sehen, wie Italien durchhalten könnte, oder wo, wenn sich Westeuropa nicht mehr durchhelfen kann, England den Warenabsatz findet, den es zur Bezahlung seiner Lebensmittelankäufe haben muß. Der ganze Kontinent braucht ein gedeihendes Deutschland, ein Deutschland, das sowohl zu kaufen wie zu verkaufen im Stande ist." Auch über die Ursachen der britischen Arbeitslosigkeit ist sich S. H. Thomas durchaus klar. In einer Betrachtung des Reparationsproblems kommt er zu folgendem Ergebnis: „Wenn Deutschland Reparationen in nie dagewesener Höhe leisten soll, muß es auch eine geschäftliche Tätigkeit in gleichem Umfange entwickeln. . . . So sehen wir letzten Endes, daß der Soldat, der für England in dem großen Kriege gekämpft, arbeitslos gemacht wird, damit Deutschland die Rechnung bezahlen kann".

Wir aber sagen dem Proletarier immer wieder: „Es gibt keinen anderen Ausweg um einem völligen Untergange zu entgehen, als Aufhebung der Privatwirtschaft und Einführung der Bedarfswirtschaft, das wird aber nicht kommen, wenn die Proletarier es nicht w o l l e n. Die Machtergreifung des Proletariats und Uebernahme der Produktionsmittel sind der einzige Ausweg." Diese Uebernahme wird sich nicht schmerzlos vollziehen, sondern erfordert eine Klasse, die sich ihrer großen Aufgabe voll bewußt ist, eine Klasse die das Wort Revolution in seiner ganzen Schwere begreift.

Der internationale Bergarbeiter-Kongreß

In Frankfurt a. M. tagt zur Zeit der internationale Bergarbeiterkongreß. Nach den einleitenden, bei solchen Anlässen üblichen Formalitäten beschäftigte er sich zu allererst mit dem großen amerikanischen Streik und zwar bezeichnenderweise hinter verschlossenen Türen. Das Ergebnis ist denn auch dementsprechend mies ausgefallen. Es liegt daüber folgende Entschließung vor:

„Der in Frankfurt a. M. am 7. August 1922 tagende Internationale Bergarbeiterkongreß nimmt Kenntnis von der Lage, in welcher sich die amerikanischen Bergarbeiter befinden durch die Weigerung der Bergwerksbesitzer, mit dem amerikanischen Bergarbeiterverbande einen neuen Landeslohntarif abzuschließen; er beschließt, den amerikanischen Bergarbeitern die herzlichsten brüderlichen Grüße und die besten Wünsche für den Erfolg ihres bisher mit größter Solidarität und Ausdauer geführten Kampfes zu übermitteln, und empfiehlt, daß die dem Internationalen Bergarbeiterbunde angeschlossenen Landesverbände eine finanzielle Beihilfe von rund 10 000 Pfund Sterling gewähren, wobei den einzelnen Verbänden anheimgegeben wird, entsprechend der Mitgliederzahl ihren Anteil unverzüglich an das Sekretariat der Bergarbeiter-Internationale abzuführen, um ohne Verzug auf diese Weise die Gefühle der Sympathie und Solidarität der europäischen Bergarbeiter zum Ausdruck zu bringen."

Finanzielle Hilfe und brüderliche Grüße sind ja ganz nett und gut, aber nicht wesentlich für die Durchführung eines derartigen Machtkampfes, wie ihn augenblicklich die nordamerikanischen Bergarbeiter durchführen müssen. Hier hilft nur, wie überhaupt in solchen Fällen immer, volle aktive Solidarität. Keine einzige Streikbrecherkohle darf gefördert, kein einziges von Amerika kommendes Schiff mit Kohlen versorgt werden. Solange sich diese Erkenntnis noch nicht durchgerungen hat, daß bei der heutigen internationalen Zusammenfassung des Großkapitals auch die Kämpfe der Arbeiterklasse international geführt werden müssen, hat doch die ganze internationale Kongreßtheorie keinen auch noch so geringen Wert.

Aber die Leutchen, die da in Frankfurt versammelt sind, sind ja nicht so. Können sie schon keine aktiven Solidaritätsmaßnahmen ergreifen, so versuchen sie es etwas später mit der ethischen Seite des Klassenkampfes, mit der großen Geste. Und zwar sind sie eifrig eingetreten für die Wiederaufwärmung des seinerzeit in Genf gefaßten Beschlusses, im Falle eines Krieges mit Hilfe des internationalen Gewerkschaftsbundes den internationalen Generalstreik auszurufen.

Leider haben sich diese Herrschaften aber derartig an die einzelnen nationalen Kapitalisten verkauft, daß sie im Falle imperialistischer Verwicklungen über den ihnen vom Kapitalismus vorgeschriebenen, selbstverständlich rein nationalen Horizont nicht hinaussehen dürfen.

Utzelmann frei

Auf Grund des Reichsamnestiegesetzes vom 21. Juli hat die Staatsanwaltschaft Halle a. S. die Freilassung des Genossen Utzelmann-Kempin angeordnet, der nach der Märzaktion wegen Hochverrat, Aufruhr und Landfriedensbruchs zur lebenslänglichen Zuchthausstrafe verurteilt war. Genosse Utzelmann wurde am 4. August aus der Strafanstalt Sonnenburg entlassen.

Eine Ueberbietung der eigenen Frechheit und der Spekulation auf die Denkfaulheit der Massen ist es aber, wenn die „Rote Fahne" den Genossen Utzelmann als „unseren Genossen" ausspielt! Es ist wenig über ein Jahr, daß die „Rote Fahne" den Genossen Utzelmann als „Lockspitzel" und Polizeiagent in der perfidesten Weise beschmutzte und ihn „abschüttelte" wie Max Hölz und andere Klassenkämpfer!

Ausland

Unter der Faszistenherrschaft

Der Generalstreik in Italien ist infolge der absoluten Unfähigkeit der dortigen Partei- und Gewerkschaftsbureaukratie völlig zusammengebrochen und mußte vorzeitig ohne irgend welchen Erfolg abgebrochen werden. Die Faszisten beherrschten infolgedessen die ganze Linie und konnten wegen des bewußten Versagens der staatlichen Organe ganz ungestört ihre Macht- und Rachepolitik der Arbeiterklasse gegenüber durchführen. Ganz besonders hatten sie es diesmal auf Mailand abgesehen. Hier hatte sich die sozialistische Stadtverwaltung durch ihre energische, rasche und durchgreifende Steuerpolitik die Feindschaft der Bourgeoisie zugezogen. Und so war es denn auch nicht zu verwundern, daß es hier zu größeren und erregten Kämpfen kam anläßlich der Generalstreikparole der arbeitenden Klasse. Die Faszisten zogen sofort mit Panzerautos und Maschinengewehren in die Stadt und es kam zu zahlreichen Scharmützeln und Schießereien. Auch Bomben wurden an verschiedenen Stellen geworfen. Die Stadtverwaltung wurde abgesetzt und an deren Stelle ein von den Faszisten eingesetzter Diktator als neues Oberhaupt der Stadt ausgerufen. Der berüchtigte nationalistische Dichter D'Annunzio, der auch von seinem Fiume-Abenteuer her genügend bekannt ist, hielt eine großartige Ansprache und predigte dabei etwas von einer nationalen Einheitsfront. Das schlimmste Uebel war aber die Zerstörung der in aller Welt bekannten sozialistischen Zeitung „Avanti". Die Maschinen wurden vernichtet und das Gebäude in Brand gesteckt, so daß von dem stolzen Werk kaum die Spur des einstigen Seins zurückblieb.

In allen wichtigen Orten der Lombardei kam es zu Kämpfen, Repressalien, der Absetzung sozialistischer Stadtverwaltungen. Auch Genua war drei Tage und Nächte der Schauplatz heftiger Straßenkämpfe. Den Höhepunkt bildete hier die von den Faszisten ausgeführte Besetzung des seit der Konferenz so viel genannten Palazzo San Giorgio, des Sitzes der autonomen Hafenverwaltung. Die Faszisten erzwangen von ihr eine Erklärung, die sich gegen die sozialistischen Hafenarbeiter- und Seemannsgenossenschaften richtete.

In Parma, das in der seit Jahren kommunistisch unterwühlten Provinz Emilia gelegen ist, hatten sich die Kommunisten im Stadtteil Oltretorrente verschanzt, und es fand eine förmliche Schlacht zwischen beiden Parteien statt. Die Soldaten hatten Befehl, bei weiterem Vorrücken der Faszisten zu schießen. Die Offiziere erklärten, sie würden den Befehl ausführen, sich dann aber erschießen. Ein General bestätigte den Befehl, worauf sich die Faszisten zurückzogen. Der Erzbischof erschien, um mit den Faszisten zu verhandeln. Sie erwiesen ihm militärische Ehren. In Ancona, das starke kommunistisch-anarchistische Organisationen aufweist, fanden schwere Straßenkämpfe statt. Eisenbahnzüge wurden beschossen, das Gewerkschaftshaus niedergebrannt. Nach Zeitungsmeldungen haben dort Mönche aus einem Kapuzinerkloster auf die Faszisten geschossen. Ein Mann wurde in der Sakristei von Faszisten niedergeschossen, zwei Mönche wurden verhaftet. Kämpfe fanden weiter statt in Turin, Bologna, Monza, Venedig, Bari. Die Gewerkschaftshäuser in Florenz, Asti, Rimini wurden zerstört, in Livorno das Volkshaus demoliert, in Alessandria das Volkstheater angezündet. In Rom, wo die Regierung wie immer in solchen Fällen die umfangreichsten militärischen Sicherheitsmaßregeln getroffen hatte, blieb die Ruhe ziemlich gewahrt.

Der amerikanische Eisenbahnerstreik

(EP.) Washington, 8. August. Nach einer Unterredung mit dem Führer der Eisenbahnarbeiter, Bert Jewell, hat Präsident Harding neue Vermittlungsvorschläge ausgearbeitet. Ueber den Inhalt derselben ist aber noch nichts bekannt. Man glaubt, daß sie den Streikenden vorteilhafter seien als die ersteren, da Harding ihnen mehr Entgegenkommen zeigt, seitdem sie die ersten Vorschläge angenommen haben, die aber von den Gesellschaften abgelehnt wurden.

Der Kampf um Kleinasien

Die Zusammenziehung der griechischen Truppen in Ostthrazien dauert an. Es werden militärische Vorbereitungen zu Lande und zu Wasser getroffen, um jedem Vordringen der Griechen über die Grenzlinie Widerstand zu leisten. — Die Hohe Pforte wird morgen den alliierten Kommissaren eine Protestnote gegen die Proklamierung der Autonomie von Smyrna übergeben.

Mitteilungen

Sämtliche Genossen, die der KAP. des 15. Bezirks angehört haben oder mit der KAP. sympathisieren, werden hiermit zu einer Versammlung, die am Freitag, den 11. 8. 22 im Lokal Schulze, Reinickendorf-West, Antonienstraße 61, stattfindet, eingeladen!

J. A.: Obmann der KAP. 15. Bezirk.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Liers, Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: Buch- und Kunstdruckerei Berlin S 42, Oranienstraße 180.

3. Jahrg. Nr. 58.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 4 M.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6. Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags. Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7, Nr. 490 29

Abonnementspreis für Groß-Berlin 35 Mark monatlich. — Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 45,— M. monatlich, nach dem Ausland 90,— M. monatlich.

Die französische und die deutsche Republik

Beide Staatsformen sind die Folgeerscheinungen eines verlorenen Krieges. Das revolutionäre Proletariat hatte die Monarchie gestürzt und versuchte, die soziale Revolution durchzuführen. Die französische Arbeiterschaft rief die Republik aus, die Bourgeoisie schwieg. Gambetta antwortete den Arbeitern, die ihn mit dem Ruf begrüßten: „Es lebe die Republik" mit dem demokratischen Schlachtruf: „Es lebe Frankreich! sage ich Euch!" Er wollte von der Republik eben so wenig wissen wie von der Revolution. Er und seine Gefolgschaft auf der radikalen Linken kannten nur e i n Ziel, eine revolutionäre Regierung zu verhindern. Sie wollten sich deshalb mit einer Regierungskommission, in der die Bonapartisten die Mehrheit stellen sollten, begnügen.

Man erinnert sich dabei an den ähnlichen Verlauf der deutschen Revolution. Als das deutsche Kaiserreich zusammenzubrechen drohte, da rief die radikale Linke den Prinzen Max von Baden, der beileibe nicht die Monarchie stürzen, sondern retten wollte und zu dieser Aktion sich Herrn Scheidemann als den Vertrauensmann des Kleinbürgertums verschrieb. Scheidemann blieb auch kaisertreu bis zur letzten Minute. Als das Proletariat den Rücktritt der Monarchie verlangte, wechselte er schnell das Hemd eines kaiserlichen Staatssekretärs in das eines Volksbeauftragten und dies wiederum in das eines republikanischen Ministerpräsidenten um. Der rote Prinz mußte weichen. Er war nicht Advokat genug, um die Rolle eines Gambetta durchzuführen. Die Regierung einer nationalen Verteidigung glückte einem Gambetta noch, da die militärische Niederlage noch nicht so katastrophal und die wirtschaftlichen Kräfte noch nicht so erschöpft waren. Die deutsche Demokratie, die schon die notwendige Preiskampagne eingeleitet hatte, mußte auf diese letzte Zuflucht von der Revolution verzichten. Die Revolution des 9. November verhinderte den Plan einer konstitutionellen Monarchie nach englischem Muster und damit auch die legale Ueberleitung der Herrschaft von dem Agrar- auf das Finanzkapital. Der Versuch der sozialen Revolution durch das deutsche Proletariat unterbrach jäh den Plan.

Im französischen Kaiserreich herrschte schon das Finanzkapital, welches aber stark militärisch und deshalb reaktionär orientiert ist. Es wollte sich nur eine nicht durch kaiserliche Abenteurerpläne unterbrochene ruhige Herrschaft sichern. Eine Konkurrenz einer anderen Kapitalsschicht war nicht vorhanden. Der Sprung war deshalb nicht so riskovoll und auch nicht so gebieterisch, daß man sich dafür in die Kosten einer Umwälzung stürzen wollte. Die Bourgeoisie verweigerte deshalb auch der Regierung der nationalen Verteidigung die finanzielle Unterstützung, man wollte sie sich allmählich leer laufen lassen, weil man einsah, daß der Widerstand gegen den preußischen Militarismus doch zwecklos war und die so geschaffene Volksfront genügte, um eine soziale Revolution zu verhindern. Es lag ihr in der Regierung der nationalen Verteidigung schon eine zu starke Konzession an das Proletariat. Diese Regierung sabotierte darum auch offen die ihr gestellte Aufgabe. Sie ließ eine bonapartistische Propaganda großen Stils zu, die besonders guten Boden bei den Bauern fand. Die bonapartistische Presse erklärte, daß unter dieser Regierung die sozialistischen Arbeiter und die Kommunisten stehen, welche an nichts anderes denken, als die Güter der Bauern zu konfiszieren und daß nur der Kaiser sie gegen diese Beraubung schützen wollte und könnte, und daß, um sich dafür zu rächen, die revolutionären Sozialisten ihn und seine Heere den Preußen ausgeliefert hätten. Man sieht, die Dolchstoßlegende ist ein altes reaktionäres Mittel, welches immer als Gegengewicht gegen jede revolutionäre Bewegung von der Bourgeoisie angewendet zu werden pflegt. Sie ist die Sammelparole für die Enterbten und Enttäuschten, denn jede Umstellung bringt eine Erschütterung der Ruhe und Ordnung mit sich. Das Proletariat pflegt sich gegen die beabsichtigte Konsolidierung der Bourgeoisie am kräftigsten zu wehren. Deshalb sind die neuen Herren bald im Bund mit der alten Reaktion. Sie sind Kinder einer Klasse, deren Ziel die Ausbeutung des Proletariats ist. Sie sind sich darüber klar, daß die reaktionäre Form die beste Unterdrückungsmethode ist. Deshalb sind die bürgerlichen Revolutionäre von gestern die besten Stützen der heutigen Reaktion. Ihr Haß gegen die Monarchie ist nur die Rebellion gegen die Versperrung der freien Bahn dem Tüchtigen.

Die Umwälzung in Frankreich war klein und brachte auch nur kleine bürgerliche Revolutionäre. Die Gambetta, Jules Farre, sind keine Dantons, Marats, Robespierres und können es auch nicht sein. La grande revolution (die „große Revolution") war eben vorüber, der Sturz Bonapartes durch die Regierung der nationalen Verteidigung war nur ein kleiner Ausläufer.

Der Despotismus liegt im Prinzip der kapitalistischen Herrschaft. Deshalb ist die freie bürgerliche Republik auch ein Unsinn, eine äußerst gefährliche Illusion. Dieselbe Ideologie, die die Monarchie schützt, — Ordnung und Ruhe —, schützt auch die Republik. Sie ist genau so scharf gegen die soziale Revolution eingestellt und stellt ihr die militärische Diktatur entgegen.

Die deutsche Verfassung von 1870 und vom 11. August 1919 gibt der Spitze das Recht auf Aufhebung der verfassungsmäßig garantierten Freiheiten bei Gefährdung der Sicherheit und Ordnung. Die Anwendung richtet sich [illegible] gegen das Proletariat, nicht etwa gegen d[illegible] Feinde der Republik, sondern gegen die, die [illegible] die Freiheit fordern. Zur Unterdrückung des Proletariats lassen sie die Bauern gegen die Republik [illegible], gefährden sie lieber die von ihnen ersehnte Republik, als daß sie ein Stück der kapitalistischen Ruhe und Ordnung aufgeben. Sie werden zwar die Form der Unterdrückung ändern, aber nur soweit es für die Erhaltung ihrer Herrschaft notwendig ist.

Auch diesen Schritt hat die französische Bourgeoisie nicht getan. Ihr Rentnerstaat verlangte dies nicht. Anders lag es bei der stark industriellen deutschen Wirtschaft. Der Wiederaufbau hing in stärkerem Maße von der Einstellung des Proletariats zur Republik ab, da das Proletariat das Fundament der Wirtschaft bildete. Es handelte sich um eine stärker entwickelte kapitalistische Wirtschaft, bei der naturgemäß der Einfluß des Proletariats größer war. Infolgedessen mußte sich die radikale Bourgeoisie ganz offiziell mit der Arbeiter-

An die revolutionären Proletarier in allen Ländern

zur Frage der Internationale

Genossen!

Der 5. Parteitag der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands im Mai 1922 in Essen hatte erneut zur Frage der Internationale Stellung genommen. Der Parteitag hatte die weltwirtschaftliche und weltpolitische Situation eingehend erörtert und festgestellt, daß wohl die objektiven aber nicht die subjektiven Bedingungen zur Gründung einer Kommunistischen Arbeiterinternationale vorhanden sind. Diese mit schaffen zu helfen durch unsere Tätigkeit hat der Parteitag erneut bestätigt und beschlossen, „den Hauptausschuß der KAP. zur Erledigung der internationalen Arbeiten um zwei Genossen zu ergänzen, die den ideellen und organisatorischen Aufbau zur Schaffung einer Kommunistischen Arbeiter-Internationale in die Wege leiten."

Der Kampf innerhalb der KAPD. um die Internationale war nicht ein Kampf um Notwendigkeit oder Nichtnotwendigkeit, sondern um die elementarsten Grundsätze der KAPD. selbst und um die Schaffung aller Voraussetzungen zur Gründung einer Kom. Arb.-Int. Die Frage von welthistorischer Bedeutung war: Führer- oder Klasseninternationale. Eine Internationale der Illusionen oder eine Tatinternationale. Als dann die an der Spitze stehenden Genossen sich für eine Führerinternationale entschieden, hat die KAPD. dieselben aus ihren Reihen rücksichtslos entfernt. Diese politisch Obdachlosen gründeten dann eine „Internationale", die zu einer sogenannten zweiten Konferenz am 27. 8. 22 einladet.

Die KAPD. hält es für ihre Pflicht, den revolutionären Proletariern in allen Ländern den Sinn dieser Internationale aufzuzeigen. Die von revolutionsmüden Akademikern jetzt einberufene Konferenz ist eine Irreführung des Proletariats allerschlimmster Art. Es ist dies keine Sammlung der revolutionären internationalen Kräfte, sondern eine Gründung sich Führer dünkender Intellektueller, die dazu dient, auf die Revolution hinmündende Kräfte zu zersplittern. Wer internationale Klassenkampforganisationen will, versucht nicht Organisationen als Sammelbecken dieser Kräfte zu zerschlagen. Versuche, die nicht schlechter waren als die von der 3. Internationale inszenierten. Aussprechen was ist. Rücksichtslos! Diese Internationale hat mit KAP. Geist nichts gemein. Eine Kampfinternationale werden die Proletarier der KAPD. schaffen helfen, nicht eine Internationale ehrgeiziger Politikanten, wie diese Mißgeburt einer 3½ Internationale.

Eine Gründung ohne Kraft, Führerinternationale. Wir sind für höchstes revolutionäres Wollen, für die Umgestaltung der bürgerlich-sozialdemokratischen Ideologie zur proletarisch-revolutionären Klassen-Ideologie. Dafür setzt Eure ganze Kraft ein. Klarer Blick und glühende Begeisterung für die internationalen Notwendigkeiten und den internationalen Klassenkampf. Aber diese Begeisterung darf nicht nur in Wolkenkuckucksheim zu finden sein, wie bei jenen, die glauben, oder nur mit den Lippen bekennen, daß mit Begeisterung alles geschehen sei. Um Großes zu vollbringen, muß man gewiß begeistert sein. An unserer Begeisterung soll es gewiß nicht fehlen; aber diese Funken müssen Feuer schlagen und auflodern zu einem Brande, der kapitalistische Welt mit allen ihren [illegible] vernichtet. Die Kommunistische Arbeiter-Internationale muß sein die Internationale der geschichtlichen Erkenntnisse und der harten Wirklichkeiten. Eine Internationale und erst recht die Kommunistische Arbeiter-Internationale kann nicht am Anfang einer Entwicklung [illegible]. Es muß eine Entwicklung vorauf gegangen sein bis zur Bildung kommunistischer Arbeiter-Parteien in den wichtigsten und entwickeltsten Ländern, die dann zusammengefügt werden [illegible] kommunistischen Arbeiter-Internationale. Die Komm[illegible] Arbeiter-Internationale soll nicht wie diese 3½ [illegible]nationale das Ziel revolutionsmüder Intellektueller sein, um von einer hohen Warte aus die Geschehnisse zu betrachten, sondern im Wirbel der Revolution stehend Mitkämpfer und Wegweiser sein. Ein Aktivposten der Revolution. Nicht wie diese Gründung ein Passivposten, ein Hemmnis auf dem Wege einer Entwicklung und eines tatfrohen Schaffens. Die Kommunistische Arbeiter-Internationale wird und muß getragen sein von einer großen inneren Selbstdisziplin, die ihr die Fähigkeit gibt, in nationalen und internationalen Kämpfen entscheidend einzugreifen.

In der Kommunistischen Arbeiter-Internationale, der Internationale der Zukunft, werden sich alle die vereinigen, die mit alten Traditionen gebrochen und aus proletarischer Gesinnung heraus an die Arbeit gehen zur Befreiung des internationalen Proletariats.

In dieser Stunde sagen wir dem internationalen revolutionären Proletariat: Ihr müßt Euch erst frei machen von der Versklavung an die kapitalistische Welt durch parlamentarische Parteien und arbeitsgemeinschaftliche Gewerkschaften, Euch frei machen von jeglichem Führertum. Durch Selbstbewußtsein zum Klassenbewußtsein, zum internationalen Klassenkampf, zur Weltrevolution!

Wie die KAPD. und die revolutionären Betriebsorganisationen geboren wurden aus der revolutionären Situation und dem revolutionären Wollen der Proletarier, und dann durch die Theoretiker diesem Wollen die Formulierung gegeben wurde, so muß auch die Kommunistische Arbeiter-Internationale aus dem revolutionären Wollen internationaler Proletarier geboren werden. Die KAPD. ist heute der Sammelpunkt internationalen revolutionären Wollens. Weil dieser Sammelpunkt gegeben ist in der KAPD., darum rufen wir Euch zu: Tut Eure höchste Pflicht, eine Kampfinternationale schaffen zu helfen, von unten auf, die ein Banner entrollt, das immer getragen ist von dem Willen des revolutionären Proletariats. Das Internationale Proletariat hat genug Illusionsinternationalen auf seinem Rücken tanzen sehen. Die 2. Internationale hatte als höchste Forderung „Kampf gegen den Krieg". Basel sollte der Welt dieses zeigen. Es kam der schmähliche Zusammenbruch am 4. August.

Die 3. Internationale, obwohl sie von der Revolution getragen war, mußte an ihrer geschichtlichen Aufgabe scheitern in dem Moment, wo sie um des Kompromisses mit dem Kapital willen das revolutionäre Ziel preisgab. Und nun diese 3½ Internationale. Sie ist wohl nicht für Parlament und Gewerkschaften, aber für Führertum. Ein Führertum, das den Glauben an die Revolution verloren hat und immer o b e n bleiben will. Die engere Exekutive ist nur abberufbar — von ihnen selbst — vom Kongreß. Führer sein wollen trotz schärfsten Mißtrauens.

Die Komm. Arb.-Zeitung hat bereits darauf hingewiesen, was es für eine Bewandnis mit dieser 3½ Intern. sowohl als auch mit dieser 2. Konferenz hat. Hinweg mit diesem Hemmnis der Revolution! Wir fordern die Genossen in allen Ländern auf, die Einladung zu dieser Konferenz abzulehnen!

Das Fanal der Kommunistischen Arbeiter-Internationale muß sein: Proletarier aller Länder vereinigt Euch. Vereinigt Euch auf dem Programm der KAPD., die die Erkenntnisse aus der Geschichte, des Krieges und der Revolution gezogen hat. Selbstbewußtsein, Klassenbewußtsein, von unten auf. Tatinternationale, nicht eine Internationale der Illusionen. Klasseninternationale, nicht Führerinternationale.

Es lebe die Diktatur des Proletariats!

Es lebe Weltrevolution!

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands.

schaft verbinden, um zu ihrem Ziel zu gelangen. Einem Bundesgenossen muß man auch mehr bieten als einem Mitläufer.

Das erste Geschenk der Republik war in beiden Fällen das allgemeine Wahlrecht, das natürlich so schnell als möglich ausgeführt werden sollte. Das Resultat war auch das Gleiche: Der Sieg der Gegenrevolution. Man erreichte dies hauptsächlich dadurch, daß man die kaiserliche Verwaltung aufrecht erhielt. Die Arbeiter- und Soldatenräte der deutschen Revolution und die Kommune waren nur Episoden der passiven Resistenz der Bürokratie, die auf ihrem Posten blieb und nicht davon gejagt wurde. Ihr Einfluß wollte auch nicht über die großen Städte hinaus. Die geschulten revolutionären Kräfte fehlten und die revolutionäre Idee war über die Arbeiterschaft hinaus nicht in die Bevölkerung eingedrungen. Während in Deutschland eine gewaltige revolutionäre Agitation einsetzte, fehlte es daran in Frankreich ganz. Deshalb mußte auch Paris isoliert bleiben. Die Kraft der revolutionären Bewegung in Deutschland endete aber mit der Nationalversammlung. Zur Verhinderung galt der letzte Kampf der revolutionären Arbeiter. Mit der Durchführung der Wahl war der Sieg der Konterrevolution vollendet. Durch die Ausübung des Wahlrechts hat das Proletariat die Macht aus den Händen gegeben und die Gesetzesmachung zugunsten der Bourgeoisie in Gang gesetzt. Deshalb ist der Parlamentarismus der sozialistischen Parteien dem Proletariat so verhängnisvoll geworden. Die Volksvertreter sind die Volksverräter. Das allgemeine Wahlrecht ist, wie Proudhon schon aus der 48er Revolution folgerte, die Gegenrevolution. Die Wahl ist das Ende eines Abschnitts einer Entwicklung. Sie unterbricht den weiteren Lauf der Revolution, beendet ihn aber nicht. Die treibenden Kräfte werden nur zurückgedrängt, decimiert, sie können aber nicht vernichtet werden.

Die französische Republik hatte dem Proletariat nichts gebracht, weil sie nicht den Sturz einer herrschenden kapitalistischen Schicht mit sich brachte. Sie hatte keine geschichtlichen Aufgaben zu erfüllen. Ihr Kampf gegen die bonapartistische Reaktion konnte deshalb nicht so beunruhigend auf die Sicherheit des Kapitals wirken. Er wurde auch in bedeutend ruhigeren Formen geführt. Sie konnte sich auch ohne Gefahr einen bonapartistischen Präsidenten, den Marschall Mac Mahon leisten.

Die deutsche Republik hatte eine wirtschaftlich bedeutend schwerere Geburtsstunde. Die deutsche Monarchie hatte ihr eine völlig zusammengebrochene Wirtschaft hinterlassen. Der Geist der sozialen Revolution war in der Arbeiterschaft lebendig. Die Republik rief deshalb die alten Gewalten und schlug mit ihrer Hilfe die revolutionäre Bewegung nieder. Der Erfolg war, daß die Hilfstruppen sich nun gegen die Republik selbst wendeten. Dieser gelang es, die Arbeiterschaft für den Kampf gegen die Reaktion zu gewinnen. Dieses Spiel und Ausspielen der Arbeiterschaft ist ganz charakteristisch für die Stellung der herrschenden Kapitalsschicht. Sie hält sich nur mit Hilfe der Arbeiterschaft, denen die Theorie von der geschichtlichen Notwendigkeit der Demokratie als Uebergangsform zum Sozialismus, zum Verhängnis geworden ist. Sie hat die materialistische Geschichtsauffassung rein mechanisch genommen, ohne zu berücksichtigen, daß die Voraussetzung — ein blühender Kapitalismus — nicht eingetroffen ist. Der Zusammenbruch fordert eine andere Taktik und Einstellung.

Die französische Republik konnte hemmungslos gegen das Proletariat herrschen, nicht so die deutsche. Sie mußte dem Proletariat Konzessionen machen, weil die Arme öffnen, um es nachher in den Armen erdrücken zu können. Sie ließ die Kindlein zu sich kommen, gab ihnen den Schein, der Macht. Das Proletariat durfte mit der Krone spielen. Das Spielzeug wurde ihm aber wieder genommen, sobald die Republik sich befestigt glaubte. Auch die außenpolitische Situation, die Erfüllungspolitik, brachte in der ersten Zeit die Notwendigkeit eines Bündnisses mit den Arbeiterorganisationen mit sich. Die französische Republik konnte sich bald der aus dem Krieg entstandenen Verpflichtungen entledigen und hatte so völlig freie Hand für eine Machtentwicklung. Es konnte imperialistische Politik treiben. Trotz der Zahlungen an Deutschland setzte bald ein wirtschaftlicher Aufschwung ein. Das Proletariat ordnete sich infolgedessen schnell unter, und die Gefahr einer sozialen Revolution schwand unter dem Gedanken an die Revanche dahin. Die französische Republik entstand im Zeichen des Imperialismus. Die deutsche Republik wurde auf dessen Trümmern aufgebaut. Beide hatten daher völlig verschiedene Wege zu gehen. Die Staatsform ist nie für den Charakter einer Wirtschaft entscheidend, sondern die augenblickliche ökonomische Situation. Die Lage des Proletariats ist in gleicher Weise davon abhängig. Seine Einstellung und die Art der Kämpfe werden dadurch bedingt. Der Kampf gegen die französische Republik konnte in anderen Formen geführt werden als der gegen die deutsche. Während heute die Revolution der einzige Ausweg ist, konnte damals das französische Proletariat noch in der Republik Lebensmöglichkeiten finden.

Die französische Reparationspolitik

Es ist bekannt, daß innerhalb der Entente Frankreich der unversöhnlichste Gegner Deutschlands ist. Er besteht unermüdlich auf seinen Schein, den Versailler Friedensvertrag, und fordert rücksichtslos, ohne die Interessen seiner ihm verbündeten Nationen wahrzunehmen, seinen ihm gebührenden Anteil von den Reparationsleistungen Deutschlands. Die Dinge haben sich im Laufe der Zeit immer mehr zugespitzt, so daß es Frankreich vor kurzem sogar gewagt hat, eigenmächtig und ohne Wissen und Wollen der Entente vorzugehen. Um seine Ansicht nach dieser Richtung hin etwas zu verschleiern, sprach es nicht mehr von Reparations-, sondern von „Retorsionsmaßnahmen", was natürlich im Grunde genommen ein und dasselbe ist. Da die wirtschaftlichen Verhältnisse Frankreichs aber derart stark und mächtig sind, daß sie nicht umgangen werden können, mußte man bei den jetzt in London stattfindenden Verhandlungen wohl oder übel Konzessionen machen, und Frankreich hat die Genugtuung, daß in dem abgeschlossenen Kompromiß seine eigenmächtig betriebenen Maßnahmen im großen und ganzen gutgeheißen wurden. Zwar mußte es auch, um die Einigkeit wenigstens äußerlich herzustellen, auf einen kleinen Kompromißvorschlag eingehen und dem Moratorium für Deutschland — wenn auch nur für kurze Zeit und unter ganz bestimmten Bedingungen — zustimmen. Die Verhandlungen sind noch nicht völlig abgeschlossen, doch dürfte nach dem bisherigen Verlaufe derselben und nach den gesammelten Erfahrungen von früheren Konferenzen her, der Anspruch Frankreichs im allgemeinen gutgeheißen werden.

Das französische Kapital, und von demselben vor allem die französische Schwerindustrie, beeinflussen das öffentlich-politische und wirtschaftliche Leben ihres Landes in weit stärkerem Maße als es in Deutschland der Fall ist. Sie beherrschen mit ihrer straff zentralisierten Organisation restlos Parlament, Regierung und Presse. Anläßlich des Wahlganges 1919 wurden seitens des Verbandes zur Beeinflussung des Wahlergebnisses ungeheure Mittel zur Verfügung gestellt, und nicht zum kleinsten Teil waren durch die Mittelsmänner dieser Schwerindustrie auch große Mengen Regierungsgelder zu diesem Zweck bereitgestellt worden. Diese korrupten Wahlmaßnahmen haben zwar dem Staat ein schönes Stück Geld gekostet und auch wesentlich zur Erhöhung der weiteren Schuldenlast beigetragen — aber das Ergebnis war auch demzufolge völlig zufriedenstellend. Die neugewählten Männer bildeten in ihrer großen Mehrzahl einen einheitlichen, großen nationalen Block, der ohne weiteres die Interessen der französischen Schwerindustrie zu übernehmen bereit ist.

Wenn auch die wirtschaftliche Lage Frankreichs im großen und ganzen durch den Krieg im Verhältnis zu anderen Ländern wenig gelitten hat, so gilt dies nicht für die Eisen- und Stahlindustrie. Die Roheisenproduktion hat sich zwar in letzter Zeit wesentlich gehoben und in demselben Maße auch die Rohstahlproduktion, jedoch sind von etwa 220 Hochöfen bisher, d. h. am Ende des ersten Halbjahres 1922, nur etwa 100 in Betrieb. Zu dieser Hebung der Produktion hat im wesentlichen Deutschland beigetragen, daß durch den Versailler Friedensvertrag etwa 70% seiner eigenen Erzproduktion abtreten mußte. So hat Deutschland beispielsweise in den Monaten Mai und Juni große Mengen Walzprodukte und Bleche gekauft. Die französische Industrie ist andererseits durch die von dem Versailler Friedensvertrag bedingten Gebietsabtretungen wesentlich gewachsen, doch tritt für sie als Hindernisgrund vor allen Dingen ein nicht gesicherter Absatzmarkt auf, der natürlich nicht so schnell zu erobern ist. Den größten Hemmschuh aber bei der ganzen vermehrten Produktionsentfaltung bildet doch der große Mangel an Koks. Die französische Schwerindustrie hat dies auch rechtzeitig erkannt, und versucht durch Annektion des Saargebietes sich genügende Koksmengen zu verschaffen. Aber trotz aller eingehendsten Versuche ist es bisher nicht gelungen, die Saarkohle zum Gebrauch für die Schwerindustrie zu verkoksen, und als Hüttenkoks kommt nach wie vor nur das Ruhrgebiet und England in Frage. Seit dieser Erkenntnis beginnt der Kampf um das Ruhrgebiet. Dieser maßgebende Faktor in der französischen Politik überhaupt versuchte seitdem mit allen Mitteln in das Ruhrgebiet einzudringen. Die Unmöglichkeit der Erfüllung des Versailler Friedensvertrages war ihm dabei eine sehr willkommene Erscheinung, die er für seine Zwecke gut ausnutzen konnte. Es war ein leichtes im französischen Volk und Mittelstand die Gemüter zu erregen, und nach wie vor für eine strenge nationalistische Außenpolitik Frankreichs Deutschland gegenüber Stimmung zu machen, und das ganze Auftreten Poincares zeigt klar und deutlich, daß die französische Schwerindustrie gewillt ist mit allen Mitteln das Ruhrgebiet und auch das Rheinland in sein Interessengebiet hineinzuziehen. Er würde dadurch zum maßgebenden Beherrscher der westeuropäischen Rohstoffversorgung. Auch wäre es dann für ihn ein leichtes die Brennstoff-Versorgung der deutschen Industrie zu kontrollieren und einzuteilen. Zu diesen Maßnahmen des französischen Kapitals gehören ferner der wesentliche Einfluß, den Frankreich bei der Teilung Oberschlesiens mit Erfolg ausgeübt hat, weil das polnische Kapital in seiner großen Mehrheit vom französischen abhängig ist. Alle diese Machenschaften würden natürlich bei dem völligen Darniederliegen der deutschen Wirtschaft und der politischen Zerrissenheit Deutschlands auch zu einem vollen Erfolge führen, wenn nicht dadurch Englands Interessen wesentlich geschädigt würden. Hier liegt des Pudels Kern und hier liegt auch das Wesen der ganzen bisher betriebenen Reparationspolitik.

Das englische Kapital hat absolut kein Interesse daran, daß Frankreich noch weiterhin wirtschaftlich gestärkt wird und das gesamte Mittel- und Ost-Europa in seinen Machtbereich einbezieht. Ob England allerdings für die Dauer in der Lage ist, diesem wirtschaftlichen Imperialismus Einhalt zu gebieten, darf nach Lage der Sache füglich bezweifelt werden. Umsomehr, als Frankreich bisher stets seine Sonderforderungen durchgedrückt hat mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Hebung seiner wirtschaftlichen Lage und auf seine ständig steigende öffentliche Verschuldung. Dieselbe betrug bei Kriegsausbruch 29,8 Milliarden Franks, am 1. Dezember 1918 schon 170,6 Milliarden, darunter 28 Milliarden Gold-Franks Auslandsschulden. Jetzt ist die Gesamtschuld auf mindestens 350 Milliarden gestiegen. Der französische Staatshaushaltsplan war vor dem Kriege im allgemeinen ausgeglichen, während im laufenden Rechnungsjahre ein Defizit von 4 Milliarden Franks vorhanden ist. Zu diesem Defizit tragen selbstverständlich im wesentlichen die ganz bedeutend erhöhten Ausgaben für den Militarismus bei, der sich genau nach dem berühmten and berüchtigten Muster Deutschlands organisiert hat.

Die französische Reparationspolitik geht kaum darauf aus, die zerstörten Gebiete wieder aufzubauen, denn noch heute wohnen Hunderttausende der Bewohner der zerstörten Gebiete in Baracken. Allerdings kann nicht geleugnet werden, daß die in Frage kommenden Kapitalisten restlos befriedigt wurden, und sogar weit über ihre Ansprüche hinaus, was aus verschiedenen augenblicklich verhandelten Prozessen ersichtlich ist.

Die französische Politik benutzt die Reparationsfrage lediglich als ein Mittel im Kampf zur völligen wirtschaftlichen Niederringung Deutschlands. Mit den in Frage kommenden Groß-Kapitalisten hat man sich natürlich unter der Hand schon völlig ins Einvernehmen gesetzt und versucht nun nach der politischen Seite hin die heimlich getroffenen Abmachungen zu verwirklichen.

So war beispielsweise besonders bemerkenswert, daß in dem gleichen Augenblick, da Poincare in London seine sieben Forderungen aufstellte an der Börse sehr lebhafte Käufe am Markte der westdeutschen Montanpapiere stattfanden. Vor allem waren dabei durch bedeutende Sachwerte genügend ge-

Revolution und Proletariat

Von Karl Liebknecht.

„Revolutionen können nicht gemacht werden" — dies Wort, das auf alle gesellschaftliche Entwicklung angewandt wird, ist wahr und falsch zugleich. „Revolutionen" werden, wie alle gesellschaftliche Entwicklung, „gemacht". Nur, daß sie nicht aus dem Boden gestampft werden, sondern in organischer Entfaltung, die nicht vom Himmel purzelt, freilich auch nicht mit mechanisch-außermenschlicher oder vegetativ-unwillkürlicher Naturgesetzlichkeit vor sich geht, sondern nach den Gesetzen des menschlichen, des gesellschaftlichen Seelenlebens, durch menschliches — mehr oder weniger bewußtes — Handeln, d. h. eben durch eine gegebene Individual- und Sozialpsychologie und durch allgemeine gesellschaftliche Umstände bestimmt ist. Nur daß es ein gesellschaftliches „Machen" ist, ein Massenprozeß, ein Vorgang in den Massen, durch die Massen, ein Vorgang, der sich aber vollzieht in Handlungen der Einzelnen, aus denen sich die Massen zusammensetzen. Allzu oft ist jenes politische Wort als Schild für politische Untätigkeit mißverstanden und mißbraucht worden. Das gilt nicht für alle Länder gleich. Am meisten für Deutschland, mit seiner für normal-ruhige Entwicklung aufgebauten sozialdemokratischen Organisation, die für außergewöhnliche Zeiten aber wie spanische Stiefel eingeschnürt. Viel weniger in den romanischen Ländern. Kein Quietismus, sondern Aktivierung heißt die Losung.

Und keine Unterdrückung, keine Unterbindung der individuellen Tat! Zu engbrüstiger Besorgnis vor den Gefahren der freien Initiative, vor übereilten Handlungen und „Verirrungen" Einzelner, fehlt bei einer weltgeschichtlichen Erscheinung, die auf breiter Grundlage gesellschaftlicher Kräfte und Strebungen ruht, schlechthin der zureichende Grund. Eine große gesellschaftliche Bewegung kann die für sie verfügbaren gesellschaftlichen Kräfte nur durch einen in ihr selbst andauernd verwickelten dialektischen Prozeß herausholen und einspannen, vornehmlich in Zeiten katastrophaler Erschütterung. Nötig ist in gewissen Entwicklungsabschnitten die Zurückdrängung eingängerischer Putschbedürfnisse, dazu diente auch die Fassung und immer wiederkehrende Predigt jenes Satzes, der einseitig auf diesen Entwicklungszustand der Arbeiterbewegung zugeschnitten ist. Aber in tieferem Sinn ist die Verfehmung der Einzelaktion als anarchistisch oder anarchosozialistisch nur gerechtfertigt, wenn sie individualistisch nicht nur Erscheinungsform, sondern auch der Wirkung der gesellschaftlichen Bedeutung nach ist. Einzelhandlungen, die Massenaktionen zu fördern oder gar auszulösen vermögen, bestehen nicht nur vor dem kritischen Auge der marxistischen Gesellschaftslehre, sondern werden von ihr geradezu gerechtfertigt und gefordert.

Massenaktionen im Sinne der gleichzeitigen Bildung und Durchführung eines Entschlusses zur Tat in allen Einzelnen, aus denen sich die das geschichtliche Werden entscheidende Masse zusammensetzt, sind ein Unding. Der erste Anstoß ruht stets beim Einzelnen oder mehreren Einzelnen: Seine oder ihre Initiative ist das Signal für andere, und deren Eingreifen das Signal für die übrigen. Ein Funke ist's, der zündet, wenn auch erst der Brand der entzündeten Massen die Feuersbrunst bildet.

Es ist nicht wahr, daß in jedem geschichtlichen Zeitpunkt das Möglichste, der Gesamtheit Nützlichste mit „Naturnotwendigkeit" vollzogen wird. Dieser Satz hieße das verwickelte organische Wesen aller Gesellschaftsentwicklung mit ihrer Breite der Möglichkeit verkennen. Naturgesetzliche Ursächlichkeit und Notwendigkeit beherrscht freilich das gesellschaftliche Geschehen, aber in die Reihe dieser Ursächlichkeit und Notwendigkeit gehört auch die vom gesellschaftlichen Standpunkt aus sehr wandlungsfähige und beeinflußbare individuelle Kraft und Tat, und soweit sie auslösend, massenzündend wirken kann, als ein Faktor hohen Grades.

Die bisherige Erziehung des Proletariats zur Unterordnung des Einzelnen unter die Gesamtheit, unter den von ihr umständlich gebildeten Entschluß bedarf bitter notwendig einer Ergänzung durch Erziehung zur freien, kühnen Initiative des Einzelnen für den richtig gewählten Moment, durch Erziehung zum Handeln auf eigene Verantwortung, durch Erziehung zur Fähigkeit, in Augenblicken, wo die Entschlüsse der Massen noch nicht getroffen werden konnten oder Verwirrung herrscht, auf eigene Faust das Richtige und Nötige zu finden und zu tun — als Alarmruf für das alsbaldige Eingreifen der Massen oder im Sinne ihrer zunächst noch verkannten tieferen Interessen. Daß es Zeiten gibt, in denen die Organisationen nicht öffentlich wirken können, in denen alle herkömmlichen Wege zur förmlichen Bildung und Ausführung des Massenwillens ungangbar sind, hat die Arbeiterklasse seit einem Jahre in schmerzlichen Erfahrungen gelernt, gründlich gelernt, und hoffentlich, um es nicht wieder zu vergessen. Daraus gilt es, die Nutzanwendung zu ziehen: wenigstens in Deutschland der Individualität zu geben was ihrer ist, mehr Ellbogenfreiheit.

Der „Mechanismus" der gesellschaftlichen Machtausübung, der „Mechanismus", durch den sich potentielle gesellschaftliche Kräfte in kinetische Kräfte, durch die Tatsachen, die an sich mögliche gesellschaftliche Ursachen sind, sich in gesellschaftliche Wirkungen umsetzen, also in Wirklichkeit gesellschaftliche Ursachen werden, und die Art dieser Wirkungen, ihr Verhältnis zu der Art der Ursachen, die gesellschaftliche Resorptions- und Assimilationsprozeß, in dem diese Ursachen zu Wirkungen gestaltet werden, ist noch nicht erschöpfend untersucht. Es handelt sich um einen sehr verwickelten sozialpsychologischen Vorgang. Der seelische Zustand der Gesellschaft ist nichts weniger als beständig. Mit seinen Wandlungen wechselt die Art, in der sich die Wirkungskette abwickelt. Gleiche Ursachen können ganz verschiedene gesellschaftliche Wirkungen erzeugen. Die Verschiedenheit kann auch räumlich und quantitativ sein. Die Verschiedenheit kann darin liegen, daß unter gewissen Umständen jede gesellschaftliche Wirkung ausfällt, daß eine Tatsache schlechthin gesellschaftlich unfruchtbar bleibt, nicht aufgesogen, nicht angepaßt wird, zum Beispiel indem sie nicht bekannt oder nicht verstanden wird. Das heißt in der Verschiedenheit der betroffenen Teile der Gesellschaft bestehen, wobei diese „Teile" bald verschiedene Gesellschaftsschichten (Klassen usw.), bald örtliche Gruppen verschiedener Größe sein können. Sie kann in der Qualität der Wirkung liegen, im Unterschied der erweckten Stimmung, des angeregten Urteils und des hervorgerufenen Verhaltens. Die Stärke der Wirkung auch im gleichen Gesellschaftskreis kann erheblich schwanken. Nicht minder ihre Dauerhaftigkeit. Und schließlich ihr zeitlicher Ablauf, insofern die Wirkung schneller oder langsamer, sofort oder — was gar nicht selten — erst nach einem recht langen Intervall, dann aber oft umso machtvoller eintritt, nach einem Zwischenraum scheinbarer Wirkungslosigkeit, während dessen die Ursache unter Erhaltung ihrer potentiellen Kraft in einem gesellschaftlichen Verpuppungszustande ruht.

Auch der Weg der gesellschaftlichen Ursächlichkeit weist überraschende Mannigfaltigkeit auf, die sich zum großen Teil schon aus dem dialektischen Wesen der Gesellschaftsentwicklung ergibt. Die Wirkungsreihe kann gradlinig oder zickzackförmig, unmittelbar oder mittelbar sein, wie im Billardspiel ricochettierend oder gleich einem Segelboot kreuzend. Der Möglichkeiten sind umsomehr, je mehr die Objekte auf die, und die Zwischenglieder, durch deren Vermittlung gewirkt wird, zumeist selbst nicht untätig, sondern in steter Tätigkeit verschiedenen Grades und verschiedener Richtung sind, und so die verwickeltsten Gattungen der Wechselwirkung und sich nach Art der Cladni'schen Schallreihen gegenseitig schwächender, aufhebender, steigernder Effekte entstehen.

Die Erfahrung der Kriegszeit lehrt, in wie hohem Maße der Militarismus durch Ausschaltung und Unterbindung des Gedankenverkehrs, durch Verhinderung der Nachrichtenverbreitung, die Wirkung individueller Auffassungen und Handlungen den Einfluß von Vorgängen, die an sich die Massen aufs stärkste erregen würden, hintanzuhalten vermag.

Die Voraussetzung der gesellschaftlichen Wirkung eines etwaigen Verhaltens bildet das Fundament der politischen Leistung.

Geschrieben am Jahrestage des Kriegsausbruchs (1915).

sicherte linksrheinische Besitzungen begehrt. Diese Ankäufe vollzogen sich völlig planmäßig zum größten Teil durch holländische Banken, und es war ganz klar zu erkennen, daß dahinter das französische Großkapital mit den von ihm abhängigen tschechischen und polnischen Kreisen stand. Beide Dinge, die Verhandlungen in London und die überraschenden Käufe an der Berliner Börse, erstreben dieselben Auswirkungen; nämlich den engsten Zusammenschluß der französischen Großindustrie mit den zu ihrer Entwicklung unbedingt notwendigen deutschen Unternehmungen.

Wie die Verhältnisse in maßgebenden Kreisen gewertet werden, zeigen einwandfrei die Kursnotierungen der in Frage kommenden Papiere. Die Aktien der Harpener Bergbau A.-G., die sich lange Zeit um 800 bewegten, schnellten dieser Tage bis auf 5500, auch die anderen brachten es zu ähnlichen Steigerungen. Der ganze Plan beruht aber letzten Endes nur darauf, die arbeitende Klasse restlos in die Abhängigkeit des Unternehmertums zu bringen, und sie durch die Schrecken der Reparationsmaßnahmen zu willenlosen Werkzeugen dieser fremdländischen Kapitalisten zu machen, um sie so um so besser und leichter ausbeuten zu können.

Die Reparationsleistungen, die Deutschland bisher erfüllt hat, hat es lediglich auf das Proletariat abgewälzt. Die immer weiter um sich greifende und mit Riesenschritten vorwärtsschreitende Verelendung beweisen das nur aufs deutlichste. Die ganze Frage der Wiedergutmachung des durch den jahrelangen imperialistischen Krieg Zerstörten kann natürlich nur durch die geeinte Kraft des internationalen herrschenden Proletariats gelöst werden.

Das Ende der Londoner Konferenz

London, 14. August. (W. T. B.) Wie Reuter meldet, ist die Konferenz an der Reparationsfrage gescheitert. Die Vollkonferenz verhandelt jetzt über die Lage Oesterreichs.

Die „Kriegslastenkommission" teilte der deutschen Regierung außerdem mit, daß sie nicht in der Lage ist, eine Antwort auf das Stundungsgesuch der deutschen Regierung zu erteilen. Die deutsche Regierung möge abwarten. Die Ausgleichszahlungen in Höhe von 2 Millionen Pfund sind innerhalb vier Wochen zu bezahlen. Frankreichs Politik wird in dem Satze Poincarés: „Daß es besser sei, daß man sich ohne Resultate getrennt habe, und Frankreich müsse nun die Entscheidung treffen" klar formuliert.

Damit ist wieder einmal die Ratlosigkeit aufs höchste gestiegen, und der deutsche Spießer schwankt zwischen blödestem Nationalismus und Verzweiflung. Für das Proletariat jedoch ist die Situation vollständig klar: Es gibt keine Lösung der Krise im kapitalistischen Sinne, es gibt nur eine Lösung durch die Revolution. Die „Rote Fahne" fordert die Proletarier auf „dafür zu sorgen, daß die Bourgeoisie ihre Lasten selbst bezahle", für sie gibt es natürlich keinen Gegensatz zwischen Proletariat und Kapital. Bei der „Roten Fahne" ist die kapitalistische Wirtschaft keine Profitwirtschaft, deren Fundament die Ausbeutung der Lohnsklaven ist — zur Sicherung des Profites auf alle Fälle, sondern ein Volk von „Reichen" und „Armen". Die „Rote Fahne" spekuliert ganz richtig: Wenn es gelingt, beim Proletariat die Erkenntnis auszurotten, daß nur der Sturz des Kapitals eine Lösung ist, dann ist schon viel auf dem Wege der Versklavung für alle Ewigkeit erreicht, denn auch die Narren in der Münzstraße wissen natürlich, daß das Proletariat so lange ohnmächtig ist, so lange es Illusionen nachjagt. Wenn das Proletariat nicht bald zur Besinnung kommt, so wird es auf der Jagd nach den Illusionen zusammenbrechen zum Gaudium seiner „revolutionären" Führer.

Das Urteil der Bolschewicki über die Sozialrevolutionäre

Um es gleich vorweg zu nehmen: Die Art und Weise, wie die Bolschewiki das Urteil gegen die S.R. begründen, die Form, in welcher die Frage überhaupt zur Diskussion gestellt und behandelt wird, die Argumentation, mit welcher die Bolschewiki ferner ihr „Recht" beweisen, das Todesurteil über die Angeklagten auszusprechen und einen Druck auszuüben suchen dadurch, daß sie die Vollstreckung abhängig machen von einer „Erklärung" der Angeklagten; dann der Versuch, die Angeklagten selbst zu trennen in „Verführte" und „Führer", was zum Ziele hat, durch Bestechung eines Teiles der Angeklagten (durch Aussicht auf Straffreiheit) dieselben zu Denunziationen zu bewegen. Schließlich noch die Tatsache, daß die Sowjetregierung und die von ihr beherrschte Presse jene Spitzel, die früher der Partei der S.-R. angehörten und jetzt mit einer wahrhaft ekelhaften Geschäftigkeit den Retter der Sowjetregierung mimen, als Helden preist; das alles erschwert eine konkrete Stellungnahme deswegen, weil eben beiden Parteien nur daran liegt, Kapital aus diesem Prozeß zu schlagen, und jedes Wort begierig aufgegriffen wird als Material für diese Komödie. Doch dies alles darf uns nicht hindern, selbst auf die Gefahr hin, daß einige ganz Verblödete uns auch zu den „Menschewiki" zählen, den wahren Grund, den wirklichen Kern hervorzuheben. Wenn sich dabei zeigt, daß die Bolschewiki selbst den Menschewiki aller Schattierungen Wasser auf die Mühle liefern, daß sie bei dem Versuch, durch „Enthüllungen" ihre Gegner zu schlagen, sich selbst enthüllen, so liegt kein Grund vor, dies nicht mit aller Brutalität auszusprechen. Es handelt sich schließlich um die proletarische Revolution, die eben kein Schieberkunststück ist. Die Fragen der proletarischen Revolution jedoch sind Fragen und Probleme, die unter keinen Umständen dazu dienen dürfen, eine konterrevolutionäre Politik zu verschleiern; ebensowenig, wie eine revolutionäre Vergangenheit ein Freibrief sein kann, den Kommunismus zu diskreditieren.

Das Programm der Sozialrevolutionäre ist ein Programm des bäuerischen Klein- und Mittelbesitzes, das in bewußtem Gegensatz zur marxistischen Auffassung der ökonomischen Entwicklung herausgebildet wurde und das sie zu Gegnern der Arbeiterklasse machen muß, jedesmal wenn diese positive Klassenforderungen aufstellt. Ein Zusammengehen mit den Sozialrevolutionären, als einheitliche Partei war in Rußland für das Proletariat nur möglich, solange der Kampf gegen den Feudalismus und Großgrundbesitz auf der Tagesordnung stand; und auch die Koalition mit den linken Sozialrevolutionären, welche die Oktoberrevolution anerkannten, erwies sich nach kurzer Zeit als unmöglich. Ihr Klasseninhalt als Partei der kleinen Bauern und radikalen Intellektuellen gestattete ihnen nicht, die überlegenere Politik des Proletariats zu verstehen. Wenn sie nun bestrebt sind, die Schwierigkeiten, mit denen das russische Proletariat kämpft, auszunutzen, um in seinen Reihen Verwirrung zu stiften, so soll der russische Arbeiter gewarnt werden: von dieser Seite kommt ihm die Erlösung sicher nicht, und auch das internationale Proletariat soll alles erfahren, was ihren Gegensatz gegenüber den Arbeitern anschaulich macht.

Die Aufgabe einer revolutionären Partei wäre es gewesen, auf diesem Prozeß den tiefen Gegensatz, der zwischen dem revolutionären Marxismus und dem Menschewismus klafft, aufzudecken und nachzuweisen, warum die Politik der S.R. eben landen mußte im Lager der Weißgardisten. Die Aufgabe der Bolschewiki wäre es gewesen, den Weg der proletarischen Revolution klar vorzuzeigen und die Gefahren für die Arbeiterklasse, die derselben drohen, wenn sie in der kritischen Periode den Henkern der Revolution ein williges Ohr leiht. Und da die Fragen der Revolution keine Fragen eines „kleinen Bureaus" und seiner willigen Trabanten sind, sondern Fragen von internationaler und akuter Bedeutung, so konnte eben, auch dieser Prozeß nur auf dieser Grundlage geführt werden, wenn man gewillt war, aus dieser Analyse die Konsequenzen zu ziehen für die eigene Politik. Nur die klare Herausarbeitung des revolutionären Prinzips, im Gegensatz zum konterrevolutionären Paragraphenrecht, konnte eine positive Förderung des Klassenbewußtseins des Proletariats sein. Doch davon ist keine Rede. Im Gegenteil: als auf der Berliner Konferenz diejenigen, die heute den Staatsanwalt spielen, in einem widerlichen Kuhhandel mit den Menschewisten selbst auf die Forderung der Freilassung der politischen Gefangenen verzichteten — um mit der Konterrevolution eine Einheitsfront für „die nächstliegenden Forderungen des Proletariats" zu bilden, und den „Revolutionären" der reaktionären Bourgeoisie die Konzession machten, daß nach Moskau Verteidiger entsandt werden können, hat Lenin die Stellung zu diesem Prozeß folgendermaßen formuliert:

Diese Bedingungen sind nichts anderes, als eine politische Konzession, die das revolutionäre Proletariat der reaktionären Bourgeoisie gemacht hat. Wenn jemand die Richtigkeit einer derartigen Definierung bezweifelt, so braucht man zur Entdeckung der politischen Naivität eines solchen Menschen nur ihm die Frage zu stellen, ob die englische oder eine andere derzeitige Regierung ihr Einverständnis dazu gäbe, daß die Vertreter aller drei Internationalen bei dem Prozeß in Sachen der Beschuldigung der irländischen Arbeiter am Aufstand Anteil nehmen können. Oder bei dem Prozeß in Sachen der Beschuldigung der Arbeiter Südafrikas in dem kürzlichen Aufstand. Gibt in diesen oder ähnlichen Fällen die englische oder eine andere Regierung ihr Einverständnis dazu, daß ihnen das Versprechen gemacht würde, für ihre politischen Feinde nicht die Todesstrafe anzuwenden? („Wir haben zu teuer bezahlt.")

Dazu wäre vor allem zu sagen, daß eine proletarische Regierung auf den Hund gekommen sein muß, wenn sie für ihre Akte keine bessere Rechtfertigung findet als den Vergleich mit einem bürgerlichen Autoritätsstaat. Es liegt im Wesen des Autoritätsstaates, daß er sich als abstraktes Prinzip ein Eigenleben über dem Volke anmaßt und jede gegen ihn unternommene Handlung unbarmherzig sühnt, wobei er bestrebt ist, jede revolutionäre Handlung ihres spezifisch politischen Charakters zu entkleiden und schon deswegen, weil sie seine Gesetze verletzte, als verbrecherisch hinzustellen. Er muß Tatbestände individualisieren, wieviel Polizisten, wie, von wem angegriffen, getötet wurden usw. Die reaktionäre, volksverdummende Wirkung der bürgerlichen Gerichtsbarkeit liegt gerade in dieser Art der Analyse, in der Betonung des Details, das sich selbständig macht und nun in Zusammenhang gebracht wird mit irgendwelchen formalen Kategorien: Mord, Diebstahl, Raub, wodurch die politische Tat als solche dann entwertet, gefälscht, karikiert wird. Der bürgerliche Richter darf keine andere politische oder soziale Erkenntnis vermitteln als diese: daß die Tat eben die Verneinung der geltenden Gesetze und der staatlichen Autorität ist. Und diese karikierende Wirkung wird mit bewußter Absicht provoziert und unterstrichen. Die Tat soll dem Verständnis der Massen entfremdet werden, der Prozeß darf ihnen keine andere Erkenntnis beibringen als die: daß die staatliche Autorität unter allen Umständen zu wahren sei. Wenn die bürgerliche Justiz sich bei irgend einer Gelegenheit in eine Diskussion über ihr historisches und politisches Recht einließe, so würde sie das Autoritätsprinzip, auf dem sie aufgebaut ist, verletzen und damit sich selbst entwurzeln.

Die Sowjetregierung konnte nur zwischen beiden Prinzipien wählen. Sie konnte das revolutionäre Prinzip nicht als Methode anwenden, weil sie damit selbst das politische Todesurteil über sich gefällt hatte. Und wie eben nun die Politik der russischen Regierung einmal aussieht: Bei dem Paktieren mit der Konterrevolution wird nach außen ein großer Apparat in Bewegung gesetzt, der durch hartnäckiges Geschrei den Blick der Proletarier abzulenken sucht auf Aeußerlichkeiten, so war es auch hier. Es war ein gefundenes Fressen, daß man auf Grund der Akten nachweisen konnte, daß man „Recht" hatte. Die nun schon einige Monate währende „Beweisführung" ist soll weiter nichts bezwecken, als sie soll verhüllen, daß die Bolschewiki nicht die Politik der Sozialrevolutionäre heute noch verurteilen können, daß sie vielmehr diese Politik praktisch selbst durchführen. Und während die Bolschewiki selbst politisch diese konterrevolutionäre Stellung bezogen haben und auf dieser Linie weiter marschieren, „beweist" man dem Proletariat, daß die Sozialrevolutionäre vor Jahren einmal sich mit der Konterrevolution verbunden hatten, und, weil sie die „Diktatur des Proletariats" stürzen wollen, noch verbündet sind.

Dies Argument von der „Diktatur des Proletariats" steht jedoch auf sehr schwachen Füßen. Man braucht nur die Rede Lenins auf dem 11. Kongreß der K.P.R. nachlesen, wo er ausführte: Die Kommunisten sind nur ein Tropfen im Volksmeer, davon wären neunundneunzig Prozent nicht zu gebrauchen, weil sie nicht handeln können, und Aufgabe des Proletariats wäre es, von den Weißgardisten den Handel zu erlernen. Der 11. Kongreß beschloß, ein ganzes Jahr lang keine Proletarier in die Partei aufzunehmen, was Lenin nicht hinderte, auszusprechen, „daß das Proletariat noch ein bißchen zuviel politische Macht habe". Es ist dies wohl die ungeschminkteste Wahrheit, die man je über die „Diktatur des Proletariats" in Rußland gehört hat. Und zu dieser „Diktatur des Proletariats", die nebenbei noch darin besteht, daß die russische Regierung im Rahmen dieser Diktatur Zwangsschiedsgerichte einführt, deren Spruch sich die Proletarier zu unterwerfen haben, paßt sehr gut eine Kostprobe von Ernst Meyer im Feuilleton der „Roten Fahne" vom Freitag, den 11. August (Abendausgabe), die einem Reporter der B. Z. alle Ehre machen würde, und die diesen Prozeß in dem richtigen Lichte zeigt. Es heißt da:

„Ein Klingelzeichen, und stark bewacht von Mannschaften der Politischen Verwaltungsabteilung, treten die Angeklagten, meist in russischen Blusen, wohlgenährt und mit frischer Gesichtsfarbe nacheinander in den Saal. Die elektrischen Lampen der Kronleuchter über der Verhandlungstribüne leuchten auf, ein Sicherheitssoldat verkündet den Eintritt des Gerichts, alle Anwesenden im Saale, mit Ausnahme der Angeklagten, erheben sich, und mit der Zigarette in der Hand treten die fünf Richter ein. Während der Verhandlung am 5. August haben die Angeklagten das letzte Wort. Die Gruppe um Goz ist bereits zu Wort gekommen; es beginnen die Schlußworte der Gruppe von Angeklagten, die der Sowjetregierung nicht mehr feindlich gegenüberstehen, darunter mehrere jetzige Mitglieder der KKP. Schon ein flüchtiger Blick über die beiden Gruppen zeigt, daß die größere Gruppe der noch heute der Sowjetregierung feindlichen Angeklagten sich mehr aus Intellektuellen zusammensetzt, während die übrigen Angeklagten in ihrem Gesichtsschnitt und ihrer Haltung nach vorwiegend der Arbeiterschaft entstammen.

Vor Beginn der Nachmittagssitzung studiere ich ein Bild, das über dem Sitz des Gerichtsvorsitzenden hängt: ein Arbeiter hält in der rechten Hand ein proletarisches Gesetzbuch, mit der Linken schlägt er mit dem Hammer auf einen Amboß und der Fuß tritt auf eine Schlange „Kapitalismus". Das Bild trägt die Unterschrift: „Das proletarische Gericht verteidigt die Revolution."

Und unter „Revolution" ist gemeint: das Bündnis mit der Konterrevolution durch die „Einheitsfront". Unter Revolution ist gemeint die Politik des kapitalistischen Wiederaufbaus, ist gemeint die Verteidigung und der Schutz der kapitalistischen Demokratie in Deutschland, der kapitalistische Handel. Unter dieser Revolution ist gemeint der konterrevolutionäre Kurs der 3. Internationale.

Das revolutionäre Proletariat hat mit dieser Sherlock-Holmes-Politik gar nichts, aber auch gar nichts zu tun. Die Aufgabe des revolutionären Proletariats ist nicht, sich im bürgerlichen Skandal zu ergötzen, sondern ernst und kritisch den Inhalt und den Zweck der ganzen Aufmachung zu durchschauen. Eine Verurteilung der Feinde der Revolution durch die Bolschewiki heute ist die Verurteilung solcher Personen, deren Verurteilung kapitalistische Verträge nicht im Wege stehen. Dieser Prozeß ist konkret genommen die Fortsetzung der „Einheitsfronttaktik" selbst. Man will mit Hilfe des „formalen Rechts", das jede Regierung hat, eine Entlarvungskampagne durchführen, wobei man nicht an das Klassenbewußtsein des Proletariats appelliert, sondern an die niedrigsten Instinkte. Bei den bis zum Erbrechen wiederholten Plattheiten ist die Wirkung natürlich unausbleiblich. Diejenigen Proletarier, die zu wählen haben zwischen den zwei Parteien, und die noch schwanken, sie sehen auf der einen Seite eine vollständig inhaltlose, mit großem Fleiß und unerhörter Hartnäckigkeit betriebene Entlarvungskampagne und auf der anderen Seite die bewußt pazifistische Konterrevolution. Bei der Wahl zwischen den Parteien erscheint ihnen die Partei der Menschewiki immer noch als das kleinere Uebel. Wenn weiter nichts erreicht ist, so haben die Bolschewiki durch die Art der Aufmachung zweifellos das eine erreicht: Sie haben dem um Klarheit ringenden Proletariat den Kommunismus in einem Lichte gezeigt, für den auch wir uns bestens bedanken, und sie können das Verdienst buchen, gute Propaganda für die Menschewiki geleistet zu haben.

Das revolutionäre Proletariat hat für diesen Prozeß ein verächtliches und mitleidiges Lächeln. Revolutionäre Klassenjustiz hat nur einen Sinn und einen Inhalt im revolutionären Kampf. Revolutionäre Klassenjustiz hat nichts zu tun mit „Recht" und „Unrecht" im bürgerlichen Sinne. Revolutionäre Justiz bedeutet: Kampf gegen ein System und dessen Träger.

Kein Mensch wird der russischen Regierung das Recht absprechen, auf Gewalt mit Gewalt zu antworten. Dies „Recht" hat jede Regierung, auch die russische. Das revolutionäre Proletariat wird aber ebenso wenig auf das Recht auf Revolution und auf den Bürgerkrieg verzichten, der nötig ist, um das kapitalistische Privateigentum — auch wenn als Schutzheilige eine „Sowjet"regierung vorhanden ist — aufzuheben. Was soll man dazu sagen, wenn dem Proletariat seine eigene Befreierrolle, die es nur im Bürgerkriege durchführen kann, in den schrecklichsten Farben gemalt, und zu einem Verbrechen gestempelt wird. Die Attentate der S.R. auf die russische Regierung, sie waren ein Attentat auf die Revolution. Jedoch sie wurden durch die Revolution überwunden. Der Prozeß der S.R. war ein weit Gefährlicheres, und das Urteil, das die Bolschewiki über sich selbst fällten, war vernichtend.

Politische Rundschau

Vom Kampfe gegen die „Reaktion"

Am Sonntag, den 13. August hielt auf dem Bezirksparteitag der SPD. Herr Adolf Braun einen Vortag in dem er sagte:

Es ist ja immer schwer, über die Zukunft zu sprechen. Wir glauben alle, daß der Parteitag bestimmt wird durch die Debatte über die Einigung der beiden sozialistischen Parteien. Aber die Schwierigkeiten, die sich innen- und außenpolitisch aufgetan haben, sind so groß, daß wir nicht einmal wissen, ob der Parteitag in Augsburg tagen kann. Wir wissen nicht, ob uns im Bereich der Königlich Bayerischen Regierung ein Rednerpult zur Verfügung steht. Redner kennzeichnet das Vorgehen der bayerischen Regierung gegen die sozialistische Presse.

Die Proletarier, die eben nicht glauben, daß sie die Reaktion siegreich aufs Haupt schlugen durch die letzten „Riesendemonstrationen", haben etwa das Wesen des „Klassenkampfes" nicht begriffen, und können auch den „Sieg" der Republik über die „Reaktion" nicht begreifen — weil sie sich selbst noch nicht begriffen haben.

Heiteres aus der „Roten Fahne"

Was bei anderen bürgerlichen Blättern der „Ulk" oder „Kladderadatsch" ist, das ist anscheinend bei der „Roten Fahne" die Beilage „Organisation und Taktik". Denn nur als Witzbeilage kann man den Inhalt derselben werten, und wird er auch von den Oberstrategen gewertet, die da eben einen stillen Winkel geschaffen haben, wo sich jeder gewöhnliche Untertan austoben kann, ohne daß man es ernst nimmt. So unterhält sich zum Beispiel in der Nummer vom 12. August jemand in einem Artikel:

„Die Illusionen der anderen, und unsere eigenen"

und meint:

Jede ernsthafte Arbeiterpolitik muß von der Tatsache ausgehen, daß der Staat der Ausdruck der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze ist. Der Staat ist entweder in der Hand der einen Klasse oder der anderen. Entweder in der Hand des Kapitals oder des Proletariats. Der kapitalistische Staat kann aber niemals eine „Reaktion" bekämpfen, die tatsächlich nur seine eigne Waffe gegen die Arbeiterschaft ist, der kapitalistische Staat kann nicht durch „gerechte" Steuern auf den Profit der herrschenden Klasse verzichten.

Wie müssen sich die Kommunisten zu diesen politischen und wirtschaftlichen Illusionen breiter Arbeiterschichten stellen? Die Frage ist theoretisch in unsern Reihen schon längst richtig beantwortet. Wir müssen die Forderungen, die aus den illusionistisch-reformistischen Stimmungen der Massen emporwachsen, unterstützen; wir müssen für diese Forderungen kämpfen und wir müssen darauf hinwirken, daß die Massen im Kampfe um ihre eignen schlechten Forderungen sich ihre eignen Illusionen abgewöhnen. Die Massen müssen in der Aktion am eignen Leib die Richtigkeit der marxistischen Staatslehre begreifen lernen. Darum handelt die KPD. richtig, wenn sie die Berliner Punkte so gut wie die 10 Forderungen des ADGB. immer wieder in den Vordergrund rückt, wenn sie die rechtssozialistischen Instanzen und die noch von Reformisten irre geleiteten Arbeitermassen auffordert, um diese Ziele, zu kämpfen.

Indessen, für die Kommunisten, die mitten in der indifferenten und zum Teil reformistischen Masse stecken, besteht die große Gefahr, daß sie beim scheinbaren Eingehen auf diese Illusionen selbst davon angekränkelt werden. Das gilt für die Arbeiter im Betrieb genau so gut, wie für leitende Funktionäre.

Diese Gefahr zeigen, bedeutet nicht ein kleinliches Richtungsgezänk in unsern Reihen zu entfesseln, oder einzelne Personen, bzw. Parteiorganisationen herabzusetzen. Sondern wie der Zentralausschuß in seiner einmütig angenommenen Resolution die Gefahr erkannt hat und einmütig zugab, daß die Partei in der Rathenauaktion es nicht ganz verstanden hat, ihr Gesicht zu wahren, so ist auch künftig schärfste und sachlichste Selbstkritik an uns vonnöten. Friedrich Engels sagte einmal:

Freitag, 18. 8. Mitgliederversammlungen in allen Bezirken

„Unser einziger Gegner am Tage der Krise und am Tage nachher ist die um die reine Demokratie sich gruppierende Gesamtreaktion und das, glaube ich, darf nicht aus den Augen verloren werden."

Es wird aber aus den Augen verloren, wenn Kommunisten Kundgebungen unter der Parole der Demokratie mitmachen, ohne zugleich in der schärfsten und klarsten Weise den Massen zu sagen, daß „Demokratie" nicht eine gleichgültige Phrase, sondern in der heutigen Lage Deutschlands unser Hauptgegner ist.

So viel Unsinn in so wenig Zeilen zu schreiben, ist immerhin auch eine Leistung. Und wenn dieser Witzbold meint, daß die KPD. ihr Gesicht nicht offen genug zeige, so ist dies wirklich nicht zu verstehen. Von der einen Seite besorgt dies ja Engels, der die KPD. als das zeigt, was sie ist; als ein Teil der Gesamtreaktion. Außerdem hat die KPD. selbst so schön wie noch nie ihr Gesicht bei dem Rathenaurummel gezeigt. Und dieser Schlauberger gibt eine Gesamtansicht der KPD. wieder, die so natürlich veilchenblaudämlich ist, wie seine eigene Einfältigkeit.

Denn: Die Kommunisten wissen sehr wohl, was Staat, Demokratie, 10 Punkte und sonstige Illusionen mehr sind. Aber ein richtiger KPD.-Mann behält dies Geheimnis hübsch für sich selbst! Die Proletarier merken erst, was Dreck ist, wenn man als „Kommunist" sie möglichst tief hineinführt. Es genügt ja, wenn die Erkenntnis dämmert, zu erklären: „Das haben wir schon lange gewußt," und wenn man alle Bekehrten beschwört, hübsch den Mund zu halten.

Als richtiger Vollblutmarxist schleppt er dann ein Zitat von Engels herbei. Auf Grund dieses Zitats wird ein „Fehler" nachgewiesen. Die Haltung der KPD. war also nicht richtig, weil es in bezug auf „Demokratie" ein Zitat von Engels gibt. Die Haltung bei den anderen reformistischen Betrug ist richtig, weil das Zitat nur von „Demokratie" spricht. Für „Demokratie" darf man die Proletarier nicht in Illusionen erhalten, aber für demokratische Betrugsmanöver soll man „irregeleitete" Proletarier noch weiter irreleiten, und sie selbst auffordern, für Illusionen zu „kämpfen". Und solche Helden werden auf das Proletariat losgelassen, die wirklich ohne jeden Scherz nach Plötzensee gehörten. Wer's nicht glaubt, der fange nochmal an zu lesen: „Jede ernsthafte Arbeiterpolitik . . . .

Wirtschaft

Die „gleitende Brotskala"

Vor nicht all zu langer Zeit wurde den Proletariern viel von einer „gleitenden Lohnskala" erzählt. Kein Mensch wird behaupten, daß es eine solche nicht gibt. Die Geschichte ist nur die: Der Lohn gleitet nach unten. Damit nun etwas vorhanden ist, was nach oben gleitet, gibt es nun eine „gleitende Brotskala," wie der „Vorwärts" den „neuen Kurs" nennt. Ein markenfreies Brot kostet 45 Mk. vorderhand wenigstens. Die Bäcker und das Ernährungsministerium kündigen an, daß es sich hier nur um ein Provisorium handelt, und daß in 8 bis 10 Tagen eine weitere Erhöhung zu erwarten ist. Die Proletarier werden sich noch des Geschreies über das „Umlageverfahren" erinnern können, und über diese „positiven Erfolge" der Parlamentarier. Nur weil ein vollständiger parlamentarischer „Erfolg" errungen war schreckte man vor einer Reichstagsauflösung zurück. Jetzt macht sich der „Erfolg" dieses „Erfolges" bemerkbar. Nachdem die Regierung, wie wir schon mitteilten, die Menge der Umlage herabsetzte, kommt jetzt der „Deutsche Landwirtschaftsrat" mit folgendem — man kann ruhig sagen Befehl:

„Die Landwirtschaft hat mit außerordentlicher Sorge die in letzter Zeit ungeheuer wachsende Geldverschlechterung verfolgt, deren Ende bislang noch nicht abgesehen werden kann. Bei fortschreitender Geldentwertung werden natürlich ohne weiteres die Produktionskosten sehr stark steigen. Die Erträgnisse der diesjährigen Ernte sollen dem Landwirt das Kapital und die Mittel liefern, die er zur Gewinnung der nächstjährigen Ernte braucht. Die Preisfestsetzung, wie sie im § 50 des Gesetzes festgelegt ist, kann aber noch nicht einmal die Produktionskosten der vorjährigen Ernte ersetzen. Gänzlich unzulänglich ist sie jedoch im Hinblick auf die Gewinnungskosten der nächstjährigen Ernte . . . In letzter Zeit wurden bereits folgende Preise für heimischen Roggen und Weizen an der Berliner Börse bezahlt:

Umlagepreis 1922/23 : Freier Marktpreis

	Weizen (märk.)		Roggen (märk)	
1. 7. 22	19 100—19 300	1 : 2,5	13 800—14 100	1 : 2,02
5. 7. 22	21 000—20 000		16 200—16 000	
10. 7. 22	23 000—23 500		17 700—18 000	
14. 7. 22	20 400—21 000		15 800—16 200	
20. 7. 22	23 600—23 200		17 400—17 100	
25. 7. 22	23 500—23 700		17 100—17 240	
31. 7. 22	27 800—28 200		21 200—22 000	
3. 8. 22	33 000—34 000	1 : 4,5	27 400—27 800	1 : 4

Zur Zeit der Verhandlungen über die Umlage im Reichstag betrug bereits das Preisverhältnis vom diesjährigen Umlagepreis zum Marktpreis bei Weizen 1 : 2,5, bei Roggen 1 : 2 Am 3. August dagegen stellte sich der Umlagepreis bei Weizen zum freien Marktpreis 1 : 4,5, bei Roggen wie 1 : 4, also bereits im August war der auf dem freien Markt erzielte Preis 4½ mal so hoch wie der Umlagepreis, der erst vom September ab gelten soll, bei Roggen war er bereits das Vierfache. In dieser kurzen Spanne Zeit hat sich der Preis für freies Marktgetreide fast verdoppelt . . . Da im allgemeinen in diesem Jahre mit einer weniger günstigen Ernte an Getreide als im Vorjahr zu rechnen ist, wird ein wesentlich höherer Prozentsatz der Getreideerzeugung von den Landwirten zur Erfüllung dieser Umlage abzugeben sein, d. h. zu einem Preise, der die Weiterführung des Betriebes im nächsten Jahre außerordentlich erschwert, wenn nicht gar in vielen Fällen unmöglich macht. Wo soll die Landwirtschaft auf der anderen Seite das Geld hernehmen, um ihre Zwangsanleiheverpflichtungen, die sehr hoch sind, zu erledigen. Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß auch auf dem landwirtschaftlichen Geldmarkt eine starke Geldversteifung eingetreten ist . . . . Wenn nun noch die hauptsächlichsten Produkte so unterbewertet werden, dann ist tatsächlich die Fortführung einer großen Reihe von Betrieben einfach unmöglich. Mit fortschreitender Geldentwertung gewinnt aber der Umfang der landwirtschaftlichen Erzeugung eine immer größere Bedeutung, sie wird zu der Lebensfrage des deutschen Volkes überhaupt . . .

Der Deutsche Landwirtschaftsrat bittet deshalb dringend, daß die im § 50 Abs. 2 vorgesehene Indexkommission möglichst bald einberufen wird, um nochmals eingehend und in sachlicher Weise die Indexziffern für die landwirtschaftlichen Erzeugungskosten zu prüfen und daraufhin die ganze Preisfrage, die von Tag zu Tag unhaltbarer wird, aufs neue aufzurollen und in einem Sinne zu regeln, die der Landwirtschaft ihre Weiterexistenz ermöglicht . . .

Aus all den Erwägungen hält es der D. L. R., als die Spitze der landwirtschaftlichen Berufsvertretung für seine Pflicht, in aller Ruhe und Sachlichkeit, aber auch mit allem Nachdruck und Ernst auf die Dinge hinzuweisen mit der dringenden Bitte, die Indexkommission gemäß § 50 des Gesetzes sofort über die Preisfestsetzung zu hören, um dann auf gesetzlichem Wege die gesetzliche Abänderung der Preise für das Umlagegetreide zu erreichen."

Die Zeiten des Schimpfens auf die Teuerung, das muß den Proletariern immer wieder gesagt werden, sind jetzt vorbei. Der Anfang vom Ende ist da. Der Brotpreis ist der Schrittmacher für die andern Waren. Die „Verösterreicherung" beginnt, und damit das Elend in einem ganz anderen Ausmaße. Die Frage ist nur die: ob selbst das gesteigerte Elend in der Lage ist dem Proletariat die Augen zu öffnen.

Die Streikwelle

Die jetzt mit voller Wucht einsetzende Katastrophe hat bereits größere Teile des Proletariats in Bewegung gebracht. Die Metallarbeiter Berlins, die Buchdrucker, die Landarbeiter im Kreise Oberbarnim, bei dem die technische Nothilfe (das ist der „tariftreue" Landarbeiterverband) den Streikbruch befahl, weil dies ein „wilder" Streik sei. In der Gegend von Kassel sind ebenfalls die Landarbeiter in den Streik getreten. Hierüber berichtet eine Drahtmeldung des W. T. B. aus Kassel: In den Kreisen Kassel, Hofgeismar, Eschwege, Witzenhausen, Homberg, Wolfhagen, Rotenburg und Fritzlar sowie im Freistaat Waldeck ist ein allgemeiner Landarbeiterstreik ausgebrochen. Die Notstandsarbeiten werden verrichtet. Der Landarbeiterverband hat den Schlichtungsausschuß angerufen, vor dem am Mittwoch Verhandlungen stattfinden. Doch überall gelingt es den „Kampforganisationen" der Bewegung rechtzeitig das Genick umzudrehen. Das Proletariat steht eben immer wieder vor der Wahl: entweder sich aushungern zu lassen — was nur eine Frage von Tagen ist — oder sich den immer unerträglicher werdenden Auspressungen zu fügen. Die Arbeiterklasse erkennt die Gefahr noch nicht in ihrer ganzen Tragweite. Beide Methoden, die Aushungerung durch die Gewerkschaften und die passive Duldung des Blutaussaugens führen zu demselben Ziel: in den Abgrund.

Immer wieder muß dem Proletariat gesagt werden: Eine Lösung bringt nur der bewußte Kampf um die Macht. Dazu die Voraussetzungen zu schaffen ist heute die erste, dringendste Pflicht. Aufgabe unserer Genossen muß es sein immer wieder und mit aller Energie die Versklavungsmanöver der Gewerkschaften zu enthüllen und das Programm der K. A. P. und Union unter die Proletarier zu bringen wenn sie sich nicht mitschuldig machen wollen an dem mit allen Mitteln vorbereiteten Verrat der Gewerkschaften und ihrer Anreißer.

Es gibt im wahrsten Sinne des Wortes keine andere Entscheidigung als: Revolution oder Untergang, und die Sprache der Tatsachen ist so deutlich, daß Worte sie gar nicht zu beschreiben vermögen und sie wird immer deutlicher werden.

Die Kohlenpleite

Vor einigen Tagen trat der Reichskohlenrat zu einer Sitzung zusammen, die vor allem den Fragen der Brennstoffnot und den Reparationskohlenverpflichtungen gewidmet war. In einem einleitenden Referat des Geschäftsführers des Reichskohlenrates wurden die Zahlen für die Kohlenförderung, für den Rückgang und für die Vorräte angegeben. Während bis zum Monat März eine Steigerung der Kohlenförderung in jedem Monat zu verzeichnen war, ist seit dieser Zeit allmonatlich ein Rückgang zu verzeichnen. Dies bezieht sich aber nur auf den Steinkohlenbergbau, während die Förderung der Braunkohle ziemlich gleich geblieben ist.

Die Steinkohlennot wird vermehrt durch die Abtretung eines Teiles von Oberschlesien, wodurch 20 Prozent der Gesamtsteinkohlenförderung verloren gehen. Durch alle diese Umstände ist seit 1913 eine Verschlechterung der Kohlenbilanz um 73 Millionen Tonnen Steinkohle eingetreten, was für die deutsche Zahlungsbilanz einen Verlust von 78 Milliarden Papiermark bedeutet. Besonders große Not herrscht an Koks.

Die Reichseisenbahn, die früher einen Vorrat von 4 Millionen Tonnen besaß, hat jetzt nur 750 000 Tonnen lagern, was für eine Versorgung von 16 Tagen ausreicht. Es ist kein genügender Vorrat an Hausbrand vorhanden, so daß für den Winter eine große Not zu befürchten ist.

Der Kohlennot wurde durch die Einfuhr ausländischer Kohle zu begegnen gesucht. Die Einfuhrziffern, vor allem für englische Kohle, sind in den letzten Monaten unaufhörlich gewachsen; der jetzige englische Entwurf macht etwa 60 Prozent mehr als die Friedenseinfuhr aus.

Die Reparationskommission hat die Kohlenverpflichtungen nur ganz geringfügig herabgesetzt. So wird für die Durchführung der Ablieferungen etwa ein Drittel der Kokskohlenförderung benötigt. Im Gegensatz zu Deutschland herrscht in allen anderen kohlenerzeugenden Ländern ein großer Ueberfluß an Kohlen, in vielen Ländern sogar eine schwere Absatzkrise.

Der Reichskohlenrat nahm eine Entschließung an, in welcher die Forderungen der Reparationskommission als unannehmbar und unerfüllbar bezeichnet werden und die Reichsregierung ersucht wird, die Forderungen der Reparationskommission abzulehnen.

Genossen! Sammelt für den

Pressefonds!

Konzentration im Zigaretten-Gewerbe

Ein Beispiel für die ungeheure Macht der Großindustrie und den Ruin der mittleren und kleineren Betriebe infolge von Kartellierung der ausschlaggebenden Großunternehmungen bietet im Augenblick die Zigaretteninduftrie. Hier hat sich in letzter Zeit der Kampf der Großunternehmungen gegen die mittleren und kleineren ungeheuer verschärft und eine Kartellbildung der ersteren in dem Dresdener Zigarettenkartell vollzogen, dem 86 Zigarettenfabriken, darunter alle namhaften wie Manoli, Massary usw. angehören. Diesem Kartell stehen die nicht kartellierten mittleren und kleinen Fabriken (insgesamt 549 Betriebe) gegenüber.

Die kartellierten Gesellschaften, die mit ihren alten eingeführten Marken den Markt beherrschen, haben, um die hohe Tabaksteuer auf die Konsumenten restlos abzuwälzen, ein starkes Interesse, möglichst hohe Preislagen herzustellen. Demgegenüber versuchen die mittleren und kleinen Fabriken der fallenden Kaufkraft und dem infolgedessen stark eingeschränkten Massenverbrauch nach wie vor billigere Marken zu erzeugen. Die „Arbeitsgemeinschaft des deutschen Spezialhandels", die Vertretung der Interessen des Kleinhandels, stützt ihrerseits angesichts der durch das allgemeine Sinken der Lebenshaltung und der Kaufkraft drohenden Absatzkrise die Klein- und Mittelindustrie, die noch billigere Sorten auf den Markt bringt. Trotz ihres Protestes hat nun das Kartell unter Ausnutzung seiner ganzen wirtschaftlichen Macht einen scharfen Kampf gegen die kleineren Unternehmungen damit eröffnet, daß es an sämtliche Händler in einem Rundschreiben die Aufforderung richtete, sich zu verpflichten, künftig nur noch Marken der dem Kartell angeschlossenen Fabriken zu verkaufen. Der Kampf ist noch unentschieden, aber einen Boykott der führenden Marken wird die Händlerschaft voraussichtlich nicht durchzuführen imstande sein. Die durch die Monopolherrschaft der Großindustrie dann bedingten höheren Preise hat selbstverständlich nur die breite Masse der Verbraucher zu tragen.

Kapital hilf!

Herr Remmele, der „revolutionäre" Parlamentarier hat im Reichstag eine Anfrage an die Regierung gestellt, weshalb dem Reichstagsabgeordneten Klinger (K.P.D.) vom Freistaat Danzig Einreiseschwierigkeiten gemacht werden. K. sei Mitglied der Zentrale der K.P.D. und müsse als solcher deren Sitzungen beiwohnen. Die Anfrage schließt: „Ist die Reichsregierung bereit, Anordnungen zu treffen, daß dieser unnützen Erschwerung der Einreise ein Ende bereitet wird?"

Es ist in der Tat ein Skandal, daß das Kapital seine Interessen so verkennt. Es ist nicht anzunehmen, daß die Regierung noch länger verkennen wird, daß die Sitzungen dieser famosen K.P.D.-Zentrale im Interesse des Kapitals liegen und für schleunige Abhilfe sorgt.

Ausland

Streik und Kabinettskrise in Spanien

Madrid, 10. August. (E.E.) Der Streik der Madrider Postbeamten hat sich außerordentlich verschärft. Auch die Postbeamten der Provinz haben Weisung erhalten, den Streik zu unterstützen. Durch den Streik ist bisher ein Schaden von drei Millionen Pesetas entstanden. Auch die Briefträger und Telegraphisten wollen sich dem Streik anschließen. Der Ministerpräsident Sachez Guerra wird heute hier eintreffen, um mit den Streikenden zu verhandeln. Die Regierung scheint entschlossen zu sein, zur Beendigung des Streiks scharfe Maßnahmen zu ergreifen. Der Innenminister Pinies ist bereits zurückgetreten. Man spricht von der Möglichkeit einer allgemeinen Kabinettskrise.

Generalstreik in Portugal

Paris, 10. August. (W.T.B.) Wie Havas aus Madrid berichtet, melden die Zeitungen, in ganz Portugal sei der Generalstreik erklärt worden. Man befürchtet ernste Unruhen. Die Regierung habe ihren Sitz nach Fort Cascaes verlegt und den Belagerungszustand verhängt. Es seien energische Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung getroffen worden.

Mitteilungen

An alle Ortsgruppen!

Wir weisen darauf hin, daß die „KAZ." von Nummer 54 mit 3,50 Mark pro Nummer abzurechnen ist.

Verlag der „Kommunistischen Arbeiter-Zeitung".

3. Bezirk. Mitgliederversammlung der BO. am 25. August 1922, Schule Rostocker Straße.

6. Bezirk. Freitag, den 18. August 1922, **Bezirksmitgliederversammlung**, abends 8 Uhr im bekannten Lokal. **Da wichtige Tagesordnung, muß jeder Genosse erscheinen.** Der Bezirksleiter.

An alle Funktionäre des

4. Bezirks der Partei, 4. Bezirks der AAU., 15. Bezirks der Partei, 15. Bezirks der AAU., ebenso die Jugendvertreter des 4. Bezirks treffen sich jeden Donnerstag abend um 7 Uhr im Lokal von Schmidt, Müller-Ecke Transvaalstraße. Zweck: **Kombinierte Funktionär-Sitzung.** Obiges hat bis auf Widerruf Geltung.

Groß Hamburg

KAPD. und AAU. Groß Hamburg **Distrikt Barmbeck.** Montag, den 21. August 1922, um 7½ Uhr bei **Othmer**, Hamburger- Ecke Feßler Straße Zusammenkunft. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht!

KAPD. und AAU. Gr. Hamburg **Distrikt Wandsbeck.** Donnerstag, den 24 August 1922, Zusammenkunft um 8 Uhr bei **Lohmeier**, Hamburger Straße 40. Tagesordnung: KAPD. und AAU. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht!

KAPD. und AAU. Gr. Hamburg. Montag, den 28. August, **allgemeine Mitglieder-Versammlung**, bei Beck, Caffamacherreihe 12 (früher Elsum), beginn 7½ Uhr. Tagesordnung: Die politische Lage. Alle Genossen müssen erscheinen. Der Arb.-Ausschuß.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Liers, Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: Buch- und Kunstdruckerei. Berlin S 42. Oranienstraße 180.

3. Jahrg. Nr. 59. Preis 4 M.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6. Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags. Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7, Nr. 490 29

Abonnementspreis für Groß-Berlin 35 Mark monatlich. — Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 45,— M. monatlich, nach dem Ausland 90,— M. monatlich.

Proletarier! Die Augen auf!

Der Herrgott Poincaré

Die letzte Bankerotterklärung des Kapitals hat die Skrupellosigkeit und den geistigen Zustand des deutschen Spießers in einem geradezu erschreckendem Lichte gezeigt. Man stelle sich vor: die kapitalistische Wirtschaft in der ganzen Welt kracht in ihren Fugen. Nach einer Denkschrift der deutschen Regierung selbst sind dreißig Millionen Menschen aus dem Produktionsprozeß der Welt ausgestoßen. In den Ländern, in denen der Beschäftigungsgrad — infolge der durch die Geldentwertung hervorgerufenen Schleuderkonkurrenz — am höchsten ist, wie beispielsweise Deutschland, Oesterreich usw., wütet Hunger und Krankheit in immer grauenhafterem Maße unter den beschäftigten Arbeitssklaven. Vor aller Augen wird immer offenbarer, daß das Kapital nur noch von der Verelendung der Arbeiterklasse lebt und der wirtschaftliche Zusammenbruch immer katastrophalere Folgen annimmt. Und an diesem Zustand — so rauscht es durch den ganzen deutschen Blätterwald — ist ein einziger Mann in der Welt schuld und das ist Poincare. Durch seine Haltung auf der Londoner Konferenz ist das Unglück vergrößert, weiteres namenloses Unglück über die Menschheit heraufbeschworen worden.

Wenn die Dinge so liegen, so ist allerdings der blöde Revanchegedanke des deutschen Spießbürgers, der darauf lauert, daß er wieder einmal das „Vaterland retten kann" vollständig zwecklos. Wenn man einem Wesen in der Welt wahrhaft allmächtige Eigenschaften andichtet, wenn es richtig ist, daß jener französische Nationalist mit einem Worte die Erlösung der Menschheit bringen, oder die Menschheit zugrunde richten kann, so ist es mindestens widersinnig, gegen eine solch göttliche Allmacht zu rebellieren. Denn nach den eigenen Worten der deutschen Demokraten genügt ja ein Wort von diesem Gott, um Milliarden der Vernichtung preiszugeben. Jener Untertanengeist, der so recht das deutsche Wesen kennzeichnet und der tatsächlich ein Wesen verherrlicht, das nicht höher und nicht tiefer steht als der ausgerückte deutsche Wilhelm, jener Geist wird auch der deutschen Arbeiterklasse zur Katastrophe werden, wenn sie ihn nicht rechtzeitig zu überwinden vermag.

Auf der Londoner Konferenz standen sich der französische und englische Imperialismus gegenüber. Es sind dies die einflußreichsten Mächte auf dem europäischen Kontinent. Als ein zusammengeschlossener Block, der siegreich aus dem Weltkrieg hervorging, hatten sie Stellung zu nehmen zu den einzutreibenden Tributforderungen ihrer Schuldner, vor allem zu Deutschland. Deutschland erklärte sich vor der Konferenz außerstande, die ihm auferlegten Tributzahlungen zu leisten. Tributzahlungen, die das mit zirka 400 Milliarden verschuldete Frankreich unbedingt gebraucht, wenn es nicht selbst seinen Bankerott anmelden will. Es bedarf keines weiteren Wortes mehr, daß durch die innere Zerrüttung Deutschlands und als Folge davon, die infolge der durch den Stand der Valuta hervorgerufenen Schleuderkonkurrenz Millionen Proletarier der englischen Industrie auf die Straße getrieben wurden. Die durch diese Politik hervorgerufene Absatzstockung auf dem englischen Markt zwang die Regierung, die deutschen Tributzahlungen für Erwerbslosenunterstützungen auszugeben. Die Politik Englands lief darauf hinaus, seinen Wirtschaftsapparat in Bewegung zu setzen in der Erkenntnis, daß ein erfolgreicher Wirtschaftskrieg die durch den Verzicht auf einen Teil der Reparationszahlungen ausgefallenen Summen mehr als aufwiegt. Zu gleicher Zeit hat es ein starkes Agitationsmittel für eine allgemeine Propaganda des gegenseitigen Schuldenerlasses. Es weiß, daß die anderen Staaten dies nicht können und deswegen diese Methode — infolge der Unmöglichkeit ihrer Durchführung — ein sehr billiges Vergnügen ist. Außerdem liegt ihm sein bis an die Zähne bewaffneter „Verbündeter" Frankreich sehr auf den Nerven und die Gefahr wird für den englischen Imperialismus in dem Maße größer, in dem der französische Militarismus wertvolle Industriezentren Deutschlands in seine Wirtschaftseinheit einverleibt. Die Phrase vom Wiederaufbau, die der Vertreter des englischen Imperialismus, Lord George, im Munde führt, unterscheidet sich von der brutalen Offenheit Poincare's nur in der Verlogenheit und Heuchelei.

Die Politik Frankreichs stützt sich in der Hauptsache auf die Bajonette. Es kann diesen Angriff seines „Verbündeten" nur begegnen, wenn es auf dem „formalen" Recht des Versailler Vertrages besteht. Die französische Großindustrie, deren früherer Syndikus Poincare war, weiß ganz genau, daß die Schulden, die es von Deutschland zu bekommen hat, einfach nicht einzutreiben sind. Aber es gibt noch ein anderes Mittel, die Kreditfähigkeit — wenigstens vorderhand — zu heben, das ist die Politik der „produktiven Pfänder". Es ist der Versuch der Einverleibung des Ruhrbeckens und Saarbeckens in die französische Wirtschaft. Ein weiteres Mittel ist die Verwaltung und Kontrolle der staatlichen Wälder und Forsten. Der französische Imperialismus bereitet sich auf den sicher eintretenden Moment vor, wo die deutsche Regierung die Zahlungen nicht mehr leisten kann, um dann auf „rechtlicher" Grundlage diese Pfänder zu beschlagnahmen. Damit ist zweierlei erreicht. Einmal die Möglichkeit der Auspressung aufs äußerste ausgenützt. Und zum zweiten die Zertrümmerung der deutschen Wirtschaft. Ein lästiger Konkurrent ist auf diese Weise erledigt. "Das Steigen derjenigen Industriepapiere nach denen der französische Imperialismus seine Hand ausstreckt ist ein Beweis, daß das deutsche Kapital seinen Profit zu sichern weiß und auf das Vaterland pfeift. Die deutsche Schwerindustrie sowohl als auch die chemische Industrie haben den Weg der Verhandlungen mit dem französischen Kapital längst beschritten, um ihren Profit nach dem Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft unter dem Schutz des französischen Imperialismus zu sichern.

Die göttlichen Eigenschaften, die einem Poincare von der ganzen bürgerlichen Lügenpresse bis zur „Roten Fahne" angedichtet werden, haben den Zweck, dem deutschen Proletariat genau einen solch riesigen Bären aufzubinden, wie im Kriege. Die treibenden Kräfte, die mit zwangsläufiger Sicherheit den Zusammenbruch herbeiführen, das ist **das Weltkapital, der Imperialismus!**

Der französische Imperialismus muß Europa in einen Trümmerhaufen verwandeln, muß seine Konkurrenten vernichten um selbst zu leben. Und jeder Versuch der Arbeiterklasse, Partei für sein imperialistisches Vaterland zu ergreifen, bedeutet: Fortsetzung des nationalistischen Hexensabbath, der nun acht Jahre triumphiert. Kein Herrgott ist der Feind der Arbeiterklasse, sondern das **Weltkapital**, und alle diejenigen, die um ihrer Futterkrippe willen diese Verblödungskampagne mit allen Mitteln betreiben; die Gewerkschaften und ihre Zutreiber, die sich auf Gedeih und Verderb mit dem Kapital verbunden haben.

Die Folgen der Katastrophe für das deutsche Proletariat

Die Folgen des fortschreitenden Zusammenbruches für das Proletariat werden alles bis jetzt dagewesene in den Schatten stellen. Die Parole: „Nur Arbeit kann uns retten" bekommt jetzt ihren wahren Inhalt und lautet: je mehr die Arbeiterklasse schuftet, je mehr zehrt sie ihre Kräfte auf, um ihren Todfeind zum endgültigen Triumph zu verhelfen. Durch den Zusammenbruch der Währung wird der Ausverkauf noch größere Dimensionen annehmen und der Markt von den notwendigsten Gebrauchsgütern entblößt werden. Und trotz alledem, trotz aller Schufterei ist jetzt jener Punkt erreicht, wo die deutsche Industrie die für die Aufrechterhaltung der Produktion notwendigen Rohstoffe infolge des entwerteten Geldes nicht mehr kaufen kann. Die Textilindustrie in Süddeutschland kündigt bereits Arbeiterentlassungen an und reduziert die Arbeitszeit auf drei Tage. In den anderen Industriezweigen wird diese Erscheinung mit derselben Sicherheit eintreten. Die Folge wird wieder sein: weiteres Sinken der Mark, Verschärfung des Ausverkaufs. Die deutsche Arbeiterklasse steht vor der Wahl: entweder an der Werkbank oder auf der Straße verhungern. Jeder Versuch, durch Streiks gegen diese Erscheinung anzukämpfen, ist zwecklos. Die Kapitalisten schließen die Betriebe und hungern das Proletariat — das sowieso auf eine eiserne Portion gesetzt ist — vollends aus. Die Junker organisieren auf dem Lande den weißen Schrecken und lachen über das Umlageverfahren. Die Preise für das „Stückchen Brot" werden unerschwinglich. Die Gewerkschaften haben alle Hände voll zu tun, um die Streiks der Landproletarier abzuwürgen und weiter zu „erfüllen", und halten den Proletariern ihre „Tarifverträge" vor Augen. Das Gesetz zum Schutze der demokratischen Republik ist unter Dach und Fach. Und dies ganze demokratische Geschmeiß hat nur die Parole: Ruhe und Ordnung! und: die Nerven nicht verlieren!

Laßt Euch nicht verwirren!

Die deutsche Arbeiterklasse hat einen Anschauungsunterricht an Oesterreich. Deutschland geht denselben Weg, auf dem der Massenhungertod zur demokratischen Tugend wird. In seiner ganzen Schwere, in seiner ganzen Tragweite steht die Entscheidung vor der Arbeiterklasse: Untergang in der Barbarei oder Kommunismus. Die gewerkschaftliche Kanaille tischt von neuem die Betrugsmanöver auf, die da heißen: „zehn Punkte", „Kontrolle der Produktion", „Kontrolle der Preisbildung", „Erfassung der Sachwerte" usw. und die famose KPD. kommt mit ihrer „Arbeiterregierung". Der Zweck ist der: das Proletariat soll selbst sehen, daß es — weil der Bankerott da ist — verhungern muß. Es soll sich selbst überzeugen, daß die Preise wirklich so hoch sind. Denn daß sich der Preis einer Ware nach der Nachfrage richtet, daß weiß heute schon jeder Heringsbändiger. Das Proletariat soll von neuem Illusionen nachjagen, von neuem abgehalten werden, das Uebel an der Wurzel zu packen. Es soll zu den hunderttausenden von Schmarotzern, die im Auftrage der Bourgeoisie das Proletariat niederhalten, weitere Tausende aus seinen Reihen stellen. Es soll jene konterrevolutionäre Hanswurstiade von „Arbeiterregierung", deren erste Tat im November 1918 war, daß sie das Privateigentum von neuem heilig sprach und so die Grundpfeiler der kapitalistischen Ausbeutung von neuem befestigte, wiederholen. Das Proletariat soll — in gewerkschaftlicher Disziplin ersterbend — die blutigen Lehren der Kriegs- und Revolutionsjahre von neuem vergessen, damit die Gewerkschafts- und Parlamentsbürokratie in ihrer konterrevolutionären Tätigkeit nicht gestört werden. Das darf nicht geschehen! Die Augen auf!

Die Henkersarbeit der Gewerkschaften

Am Mittwoch vormittag empfing der Reichswirtschaftsminister die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zu einer Aussprache über die durch die fortschreitende Entwertung der Mark und die fortgesetzte Preissteigerung hervorgerufene Wirtschaftslage. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten, wie der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst" meldet, daß sie **nicht so sehr als die Fordernden, sondern vielmehr als Helfer der Regierung im Kampf gegen die drohende Wirtschaftskatastrophe erschienen seien.** Sie wiesen u. a. auf die große Beunruhigung innerhalb der Arbeiterschaft hin, die sich, **wenn nicht alles getan würde,** um einer weiteren Verelendung entgegenzuwirken, wieder wie im vorigen Jahre zu Ausschreitungen führen könnte. Unerträglich sei, daß in der Zeit höchster wirtschaftlicher Not die Schlemmerei gewisser Schichten ungehindert fortbestehe und gegen die tatkräftig vorzugehen sei. Neben der Devisenspekulation sei der Einfuhr von Luxusartikeln Einhalt zu gebieten. Der Reichswirtschaftsminister entwarf ein ausführliches Bild über die deutsche Wirtschaftslage und **begrüßte die bereitwilligkeit der Gewerkschaften, die Regierung in den von ihr geplanten Maßnahmen zu unterstützen.** In der Aussprache ergab sich für alle Fragen **völlige Uebereinstimmung.**

Streikbruch bei den Landarbeitern

Der Landarbeiterstreik im Kreise Oberbarnim hat insofern eine Verschärfung erfahren, als neben den zahlreichen Gütern jetzt auch eine Reihe von Bauernhöfen von dem Ausstand betroffen worden sind. Die Gegensätze zwischen den Unionisten und den Anhängern des Deutschen Landarbeiterverbandes, der diesen Streik bekanntlich entschieden abgelehnt hat, verliefen sich von Tag zu Tag. Auf den Gütern Reichenberg und Alt-Tornow ist es zu Tätlichkeiten zwischen den freigewerkschaftlich Organisierten gekommen. Die Schutzpolizei in Oberbarnim ist verstärkt worden. Die Technische Nothilfe ist augenblicklich mit ungefähr 200 Kräften auf 20 Gütern eingesetzt worden.

Herr Wirth, der eine sehr lange Klagerede gehalten hat, hat nach einem Loblied auf die Arbeiterschaft — weil dieselbe „den Ruf vom Osten nach der Diktatur des Proletariats nicht zur Geltung kommen ließ, und jenes historische Kompromiß mit der bürgerlichen Welt einging —" die Sätze geprägt: daß die Aufgabe der nächsten Politik in Deutschland wäre **„die Sicherung der staatlichen Ordnung".** Der „Vorwärts", dem wir die obigen Meldungen entnehmen, meldet Einstimmigkeit. Dies ist für keinen revolutionären Arbeiter eine Ueberraschung. Oder sollte etwa das Kapital etwas dagegen haben, wenn die Gewerkschaften im trauten Verein mit technischer Nothilfe, Schutzpolizei und Junkern die Streiks der Landproleten niederknüppelt? „Volle Uebereinstimmung" und Dank für die Bereitwilligkeit, mit der die Gewerkschaften diese Henkersarbeit übernehmen, ist von Seiten des Kapitals etwas ganz Selbstverständliches.

Das Proletariat darf sich nicht von den Phrasen „vom Kampf gegen die Schlemmerei" beirren lassen. Dieser sieht genau so aus wie der Kampf gegen die „Reaktion", mit der die Gewerkschaften gemeinsam die Landarbeiter niederknüttelten. Man sollte wirklich annehmen, daß bei Proletariern, bei denen das Schamgefühl noch nicht vor die Hunde geflohen ist, kein weiterer Anschauungsunterricht mehr nötig wäre, um zu erkennen, daß sie in den Gewerkschaften gegen ihr eigen Fleisch wüten. Eine brutalere Enthüllung als die Worte: **„Nicht als Fordernde, sondern als Helfer des Kapitals"**, kann wohl kein Proletarier verlangen.